:antifaschistische nachrichten

Nr. 25

g 3336 5.12.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

IG Farben verschleppen weiterhin die Auflösung – Gegenanträge zur Hauptversammlung

FRANKFURT. Die IG Farben AG in Liquidation hat für den 18. Dezember in Frankfurt mit viermonatiger Verspätung ihre Hauptversammlung einberufen. Auch in diesem Jahr steht die seit Jahrzehnten geforderte Auflösung der „Blutgesellschaft“ nicht auf der Tagesordnung. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren, die seit 20 Jahren für die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen kämpft, hat daher zu diesem Punkt Gegenanträge eingereicht. Überlebende Zwangsarbeiter und zahlreiche antifaschistische Organisationen kündigten bereits Proteste gegen das Aktionärstreffen an, das erneut in der Stadthalle des Frankfurter Vororts Bergen-Enkheim abgehalten wird.

In den Gegenanträgen wird eine Nicht-Entlastung der Liquidatoren und des Aufsichtsrats der IG Farben gefordert. Begründet wird dies mit der seit Jahrzehnten verschleppten Abwicklung und der Nicht-Einbeziehung der Opfer der IG Farben in den Prozess der Auflösung. In die Entschädigungsstiftung der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft hat die Firma nicht eingezahlt und verweigert dies auch für die Zukunft.

Die IG Farben war in die Verbrechen der Nazis verstrickt wie keine andere deutsche Firma. Das Unternehmen unterhielt in Auschwitz ein eigenes Konzentrationslager, in dem über 30.000 Menschen vernichtet wurden, und lieferte das Zyklon B für die Gaskammern.

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.de ■

Aus dem Inhalt:



Seit Monaten kämpfen Roma für ihr Bleiberecht, am Samstag, 30.11. fand dazu erneut eine Aktion in Düsseldorf statt. Foto: arbeiterfotografie

Wieder Nazidemo unter Polizeischutz

Anzeige gegen Münchner Grünen-Chef, der zur Blockade der Rechtsextremen aufgerufen hat

Weniger als hundert Neonazis folgten einem Aufruf des Hamburger Nazikaders Christian Worch zu einem Sternmarsch mit bundesweiter Beteiligung am 30.11.

Nach einer Demonstration mit 1000 Teilnehmern Mitte Oktober, die von Tausenden Münchnern schon nach wenigen hundert Metern gestoppt werden konnte, und einer Reihe von Mahnwachen sollte der Aufzug die Proteste der Nazis gegen die bereits vor einer Woche beendete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in München abschließen.

Rund 1000 Menschen beteiligten sich an einer Kundgebung des Bündnisses gegen den Naziaufmarsch, dem neben antifaschistischen Gruppen, PDS und DKP auch Gewerkschaften und SPD-Abgeordnete angehören.

Eindringlich schilderte der mit einem gestreiften KZ-Kittel gekleidete 92jährige Antifaschist Hans Taschner, wie er als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes Widerstand gegen den Hitlerfaschismus leistete, bis er 1935 verhaftet und ins KZ Dachau gesperrt wurde.

Siegfried Benker, Fraktionschef der Münchner Grünen, rief dazu auf, den Nazis nicht die Straße zu überlassen. Gegen ihn läuft mittlerweile ein Verfahren der Staatsanwaltschaft, da er mehrfach an die Münchner appelliert hatte, sich dem genehmigten Naziaufmarsch in den Weg zu stellen.

Nach dem Ende der antifaschistischen Kundgebung versuchten mehrere hundert Menschen, den Nazimarsch zum Goetheplatz zu stoppen. Ein Großaufgebot von 1500 Polizisten aus mehreren Bundesländern bahnte den Rechtsextremen jedoch gewaltsam den Weg. 35 Personen wurden im Verlauf des Einsatzes laut Polizeiangaben festgenommen, 29 davon Gegendemonstranten.

Nick Brauns, jW 2.12.02 ■

Kommunalwahlen in Polen

POLEN. Bei den Kommunalwahlen in Polen haben sich die Ergebnisse der Wählergruppierungen der dortigen „deutschen Minderheit“ weitgehend stabilisiert.

Der durch innere Auseinandersetzungen zur Zeit stagnierende „Deutsche Freundschaftskreis“ (DFK) besetzt im Bezirk Opole, dem ehemaligen Regierungsbezirk der deutschen „Provinz Schlesien“, künftig etwa 340 der 1400 zu vergebenen Kommunalmandate. In verschiedene Kommunalämter gewählt wurden weitere 40 Personen. Die DFK-Führung um Heinrich Kroll, den man in der Vergangenheit schon als Redner bei bundesdeutschen Revanchistenverbänden und Burschenschaften sah, zeigte sich mit der Wahl zufrieden Bei den Direktwahlen der Bürgermeister und Gemeindevorsteher konnten sich 25 (bisher 31) Kandidaten des DFK durchsetzen. Wegen der lokalen Spaltung vieler DFK-Gruppen dürfte die tatsächliche Zahl der „deutschen Amtsvorsteher“ aber höher, nämlich bei 31 liegen.

Das Ergebnis, so Kroll, sei auf die erfolgreiche Arbeit in der Selbstverwaltung seit 1990 zurückzuführen, die angeblich auch in der polnischen Bevölkerung Anerkennung gefunden habe. Kroll betonte wiederholt, dass ohne „die Bemühungen der Minderheit um weitere bundesdeutsche Hilfen (...), die seit Jahren konsequent zur Verbesserung unserer Lebenssituation geführt haben“ die meisten Vorhaben im kommunalen Bereich nicht machbar gewesen wären und es auch künftig nicht anders sein werde.

Die vor allem im östlichen Oberschlesien erfolgreiche RAS der oberschlesischen Autonomisten, die für umfassende Selbstbestimmungsrechte und eine internationale Anerkennung als „oberschlesische Minderheit“ eintritt, erhielt in dieser Region 4,5 % der Stimmen. Ihre Schwerpunkte hatte sie in den Industrierevieren und im südöstlichen Oberschlesien, wo sie Ergebnisse von bis zu 25% erzielte. Die Wahlliste der „Deutschen des Oberschlesischen Landes“ (DOL), gegründet von der Arbeitsgemeinschaft „Versöhnung und Zukunft“ und vom DFK-Bezirksverband in Katowice erhielt die Stimmen von 20 000 Wählern (1,6%). Im Kreis Raciborz, dem früheren Ratibor, stellt die DOL nun 5 der 8 Gemeindevorsteher und 21 von 23 Kreistagsmitgliedern.

„Ostpreußenblatt“ 47-02 - hma ■

Späte Verurteilung

SPANIEN. Knapp 27 Jahre nach dem Ende der Franco-Diktatur (1939 bis 1975) haben alle Parteien im spanischen Parlament erstmals die Unterdrückung und Verfolgung unter dem damaligen Militärregime verurteilt. Es wurde beschlossen, die spanische Regierung mit der Suche und Exhumierung der mehr als 30 000 Vermissten des Bürgerkrieges von 1936 bis 1939 zu beauftragen. Bei den Toten handelt es sich überwiegend um Republikaner und Mitglieder der Internationalen Brigaden. *hma* ■

Absender unbekannt

TSCHECHIEN. In Nordböhmen sind Flugblätter mit der Aufschrift „Die Sudeten waren deutsch und werden wieder deutsch sein“ verbreitet worden. Die tschechischen Bewohner werden in dem Flugblatt darauf hingewiesen, dass sie nach dem EU-Beitritt ihres Landes aus ihren Wohnungen ausziehen und ihr Eigentum an die Sudetendeutschen abgeben müssen. Die Flugblätter wurden u.a. an tschechische Behörden und an eine Grundschule im Raum Decin verschickt. Die Postsendungen mit unbekanntem Absender seien aus Prag abgesandt worden, so die tschechische Polizei.

hma ■

Lagebesprechung

HEUSENSTAMM. Etwa 270 Menschen nahmen am 12. Oktober an einer Veranstaltung der „Nation-Europa-Freunde“, der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) und der „Deutsche Liga“ im hessischen Heusenstamm teil. Hauptredner waren der ehemalige Angehörige der Waffen-SS, Franz Schönhuber und der Chefredakteur der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“, Andreas Mölzer. Inhaltlich ging es bei der Veranstaltung u.a. um die Lage der deutschen und österreichischen Rechten. Unter den Anwesenden befanden sich neben Funktionsträgern der sog. „Republikaner“ auch der Bundesvorsitzende der „Deutschen Partei“, Heiner Kappel, ehemals FDP. *hma* ■

Deutsche Akademie tagt

THÜRINGEN. Zum wiederholten Mal tagt die Deutsche Akademie im Großraum Thüringen, diesmal vom 29. November bis 1. Dezember unter dem Titel „Parteipolitik und Elitenbildung – ein Widerspruch?“. Analysiert werden sollen die Gründe für die Wahlniederlage. In der Einladung heißt es“ „Dabei stellt sich die Frage, ob es denn überhaupt möglich ist, im Rahmen der Organisationsform Partei eine geistige Gegenelite zum BRD-System herauszubilden“. Es sprechen Manfred Müller (Die NSDAP zwischen Volksgemeinschaftsideologie und Parteiherrschaft, „Mit diesem Vortrag erhalten wir einen zeitgeschichtlichen Einstieg in die Problematik des Seminarthemas“), Martin Laus (Die realexistierende nationale Parteioligarchie), Stefan Lux (Zur Soziologie des Parteiwesens von Robert Michels), Horst Mahler (Staat und Gesellschaft bei Georg Wilhelm Friedrich Hegel), Wolfgang Juchem (Die nationale Opposition, Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven) und Udo Voigt (Der nationaldemokratische Kampf um die Köpfe). Am Abend singt Friedrich Baunack nationale Lieder zum Mitsingen. Auf der Rückreise soll sich ein Besuch der Wartburg anschließen. ■

Henstedt-Ulzburg, Norderstedt weiter Neonazi-Pflaster

NORDERSTEDT. Nachdem es in den letzten Jahren mehr als ruhig um die einstige Neonazi-Hochburg Henstedt-Ulzburg geworden war, taucht die Großgemeinde jetzt wieder als Postfach-Adresse auf einschlägigen Publikationen auf.

„Der Nationale Widerstand läßt sich nicht verbieten !“, das meinen zumindest die Neonazis (oder womöglich: der Neonazi) vom „Holsteiner Widerstand“, der seit kurzem eine eigene Internet-Präsenz unter einer Punkt-com-Adresse unterhält. Wer allerdings denkt, dort auf regionale Meldungen oder Aktivitäten der braunen Kolonnen zu stoßen, irrt sich. Seitenlang ist dort die übliche, bundesweite Propaganda des „Nationalen Widerstandes“ um Christian Worch & Konsorten nachzulesen, von regionalen Bezügen kaum eine Spur. So formulieren die „Germanisten“ unter der Rubrik „Was wir wollen“ so schön:

„Rund zwei Drittel der Deutschen lehnen die EURO-Einführung ab. Die Mehrheit befürwortet Sterbehilfe und Todesstrafe. Fast alle sind sich einig, daß wir bereits zu viele Ausländer in Deutschland haben und daß Ausländerkriminalität ein zunehmend brisantes Thema ist. Gleichzeitig wird die gesamte nationale Opposition von der Allgemeinheit als Rechtsradikale oder Neonazis beschimpft, mit denen man sich besser nicht abgeben sollte, geschweige denn mit ihnen politisch zusammenzuarbeiten.“

Neben diesem Selbstverständnis und allerlei einschlägigen Artikeln anderer Nazi-Organisationen gibt die Seite Aufschluss darüber, dass es mit dem „Holsteiner Widerstand“ nicht allzuweit her sein kann. In den verschiedensten Textpassagen macht der Verantwortliche der Seiten deutlich, dass er womöglich alleine agiert, wenn er beispielsweise um Bewertung der Internet-Präsenz bittet, da er „nur so das Interesse meiner Besucher wecken, bzw. wach halten kann“. Während man hier noch eine Täuschung aus Sicherheitsgründen vermuten kann, wird spätestens unter dem Punkt „Sehenswür-

digkeiten“ deutlich, dass hier wahrscheinlich ein einsamer Nationalist nur noch virtuelle Strukturen aufrecht erhält: Neben dem „Störtebeker-Denkmal“ und dem „Bunker-Museum“ empfiehlt das Braunhemd - wie possierlich - den Besuch des „Hamburg-Dungeon“, eine mehr schlechte als rechte Mischung zwischen Ausstellung zur Hamburger Geschichte und Geisterbahn, die ihren Schwerpunkt auf Unterhaltung legt. Neben einer Mail-Adresse können Interessierte auch eine Berliner Fax-Nummer nutzen, um Kontakt zum „Holsteiner Widerstand“ aufzunehmen.

Nichts desto trotz: Als einzig regionaler Inhalt wird über mehrere Seiten das Henstedt-Ulzburger „Beckersberggelände“ samt seines Erbauers (NS-Bürgermeister Petersen) vorgestellt und die erfolgreiche Antifa-Kampagne von 1997/1998 gegen die Nutzung des Geländes verflucht. Außerdem nutzt der Ortskundige ein Postfach in Henstedt-Ulzburg als Kontaktadresse auf Flugblättern und Aufklebern, während sich Teile der Führung der selbst ernannten „Freien Nationalisten“ mittlerweile im benachbarten Norderstedt niedergelassen haben. Dort residiert auch seit Jahren beinahe unbemerkt die offizielle Niederlassung des bundesweiten Nationalen Widerstandes, die jedoch aus nicht viel mehr bestehen dürfte, als einem handelsüblichen Rechner samt Server für die Verbreitung des Nazi-Drecks im Internet.

Olaf Harning ■

Potsdam: 100 Nazis – 250 BürgerInnen und Antifas

Rund 250 BürgerInnen und Antifas protestierten am Samstag in Potsdam gegen den zeitgleich stattfindenen Aufmarsch der NPD.

An der Nazidemo, dieam 23.11. im Plattenbau-Vorort Drewitz unter dem Motto „Gegen US-Terror; kein Blut für Öl!“ stattfand, beteiligten sich rund 100 Faschisten. Nach Polizeiangaben wurden im Laufe des Tages 10 Antifas und ein NPDler verhaftet.



Die BürgerInnen versammelten sich zu einer Kundgebung am Alten Markt um, so der offizielle Wortlaut, „Farbe zu bekennen“. Brandenburgs Ministerpräsident räumte ein, dass das Thema Rechtsextremismus weiterhin hoch aktuell sei (siehe: Der Mord von Potzlow), Potsdam Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) betrieb in seinem Redebeitrag Standort-Pflege: Er warnte davor, dass die brandenburgische Landeshauptstadt mit der Symbolik der NPD in Verbindung gebracht werden könnte. Die Kundgebung fand fern ab der Nazidemo statt, die von der Polizei nach Drewitz verlegt worden war.

Die Antifas versuchten ihrem Protest direkt an der Nazidemo Ausdruck zu verleihen; ein immenses Polizeiaufgebot verhinderte dies. An einer Drewitzer Kreuzung blieb der Großteil der Nazigegner von der Polizei bewacht versammelt, ohne die Demo zu Gesicht zu bekommen.

Bereits für den 21. Dezember ist die nächste Nazidemo angekündigt. Dann wollen freie Kameradschaften um den Neonazi Christian Worch „gegen Jörg Schönbohm“ marschieren, da dieser mitverantwortlich für das Verbot des Nazigedenkens am so genannten Volkstrauertag in Halbe sei.

von Inforiot - 23.11.2002
www.inforiot.de ■

Neonazis machen Werbung an Schulen

MANNHEIM. Am Mittwoch den 14.11.02 bekam die Schülermitverantwortung des Elisabeth Gymnasiums in Mannheim einen Brief der „Bundesweiten Aktion: Junge Deutsche“. Ob andere Mannheimer Schulen ebenfalls angeschrieben wurden, ist noch unbekannt.

In diesem Brief werden die Schülersprecher unter der Überschrift: „Stoppt die Ausländerüberfüllung in unseren Klassenzimmern! Stoppt die Ausländerkriminalität auf unseren Schulhöfen! Das Boot ist voll!“ von der Absicht jener „Jungen Deutschen“ informiert, zukünftig Werbung an Mannheimer Schulen machen zu wollen. Weiterhin wurden die Schülersprecher aufgefordert: „Zum Wohle und Nutzen der *deutschen* (Herv.vom Verf.) Schülerinnen und Schüler“ aktiv zu werden. Die Autoren phantasieren eine dramatische Situation herbei: „Zusammengepfercht mit Menschen aus völlig verschiedenen Nationen, Kulturen und damit anderen Begabungsanlagen sinkt das Bildungsniveau der Deutschen unerträglich ab“.

Das hört sich nicht nur nach neonazistischer Propaganda an, das ist es auch! Verantwortlich für diesen Brief zeichnen sich Lars Käppler, Ralf Brunner und Michael Weber. Diese Personen sind die aktuellen Vorsitzenden der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG). Die „Bundesweite Aktion, Junge Deutsche“ ist eine Tarnorganisation der BDVG. Bei dieser handelt es sich um eine Abspaltung der JN, der Jugendorganisation der NPD. Diese militante Neonazi-Abspaltung vertritt unverhohlen neonazistische Ideologie.

Der stellvertretende Vorsitzende Stefan Zimmermann wurde im Jahr 2000 vor dem Amtsgericht Mannheim wegen Volksverhetzung verurteilt. Auch im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden Württemberg stößt diese Gruppierung seit ihrer Entstehung auf reges Interesse.

In der Absicht, vollkommen offiziell an Mannheimer Schulen für das rassistische Programm der BDVG zu werben, zeigt sich eine neue Qualität dieser nazistischen Gruppierung.

Aber glücklicherweise ist davon auszugehen, dass die jeweiligen Schülermitverantwortungen kompetent mit diesem Ansinnen umgehen können: Den Brief ab in den Mülleimer und Nazis konsequent vom Schulhof weisen!

www.juz-mannheim.de/aktuell ■

Oberbürgermeisterin spricht vor 200 Nazis

HALLE. In Halle fand am 17.11.02 eine Veranstaltung statt, auf der die Oberbürgermeisterin vor mehrheitlich Nazis sprach, die den Gertraudenfriedhof in Halle/S. als Ausweichort für das verbotene „Heldengedenken“ in Halbe nutzten – gemeinsam mit den anderen Fraktionen des Stadtrates und sogenannten Würdenträgern der Bundeswehr, die dies in dieser Situation offensichtlich widerstandslos hinnahmen. Sämtliche Parteien von PDS über SPD, FDP bis CDU gedachten gemeinsam mit 200 Nazis den Toten des 1. und 2. Weltkrieges und den Opfern des „Nationalsozialismus und Stalinismus“.

Dieses setzt neue „Standards“. Gemeinsames Gedenken mit Nazis, eine Rede halten vor Nazis, die den Mördern des 2. Weltkrieges und den Ausführern des Holocaustes ihre „Ehre“ erweisen – kommentarlos! Dieses ist ein unglaublicher Skandal!!

Dass die Polizei die Nazis von ihren zwei Bussen und vom Bahnhof aus hin und zurück eskortiert hat, zeigt, dass die Behörden von dem Vorhaben gewusst haben, man aber in keiner Weise bereit

war dieses Ausweich-Event der Nazis zu unterbinden.

Bereits letztes Jahr versuchten ca. 20 Nazis aus Halle und Umgebung, unter anderem Sven Liebig (ex-)Blood and Honour), Kränze gemeinsam mit OB Häußler niederzulegen. Dabei kam es zu Protest von Mitgliedern der VVN gegen die Teilnahme von Nazis – und von sonst niemandem: Auch da schon war am Volkstrauertag in Halle keine Partei willens, sich gegen die Anwesenheit der Nazis zu äußern. Die Polizei schaute vor einem Jahr nicht tatenlos zu, denn durch den Protest der VVN wurden die Nazis so lange vom Friedhof entfernt gehalten, bis die öffentliche Veranstaltung vorbei war. Antifaschisten und Staatsschützer entfernten damals die Nazikränze vom Friedhof, was dann in der regionalen Zeitung Mitteldeutsche Zeitung (MZ; DuMont, Köln) als „klauen" bezeichnet wurde. Diese einzige Tageszeitung der Region berichtete in diesem Jahr kurz und ebenfalls ohne jeden Kommentar. Bezeichnender Weise war der Artikel nur in der online-Ausgabe der MZ (http://www.mz-web.de) zu finden.

Wir protestieren aufs schärfste gegen dieses rückgratlose Verhalten der Stadtratsfraktionen Halle!! Neonazis konnten in einer deutschen Stadt nach 1945 gemeinsam mit VertretrerInnen des Stadtrates und der Oberbürgermeisterin an die Toten des 1. und 2. Weltkrieges gedenken. War es in Deutschland das erste Mal, dass so etwas stattfand? Wir wissen es nicht.

Das Verhalten der Stadträte und der OB Häußler darf nicht folgenlos bleiben!! Schreibt an die OB und die Fraktionen des Stadtrates: www.halle.de

Infoladen Halle ■

Volkstrauertag in Vossennack: Neonazis und Waffen-SS marschierten auf

DÜREN. Am „Volkstrauertag" marschierten rund 40 Neonazis unter den Augen von Polizei und Staatsschutz unter wehenden Reichskriegsflaggen auf dem Soldatenfriedhof in Vossennack (Gemeinde Hürtgenwald, Kreis Düren) auf. Die Teilnehmer, Mitglieder und Anhänger der „Kameradschaft Aachener Land" und der NPD sowie ehemalige Angehörige der Waffen-SS konnten ungehindert eine nicht angemeldete Kundgebung durchführen, um ihren „Helden" zu gedenken. Antifaschisten hingegen, die ihren Protest gegen diese Zusammenrottung äußern wollten, wurden von der Polizei bei der Anreise gestoppt und festgehalten. Die „Helden" der Neonazis sind Soldaten der faschistischen Wehrmacht, die ihre Treue zum „Führer" mit dem Leben bezahlt haben. „Wir gedenken unseren gefallenen Helden" stand auf der Schleife des Kranzes der Neonazis geschrieben. Mit dieser Inschrift werden die Verbrechen der Wehrmacht, die in einer Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung akribisch dokumentiert sind, geleugnet.

Auch die Tatsache, dass eine Reichskriegsflagge gezeigt wurde und positiv auf die verbotene „Blood & Honour" -Organisation Bezug genommen wurde, bewegte die sich vor Ort befindlichen Polizeikräfte und Staatsschützer nicht zum Eingreifen.

Seit Jahren führen Neonazis im Hürtgenwald Aufmärsche zum „Volkstrauertag" oder Orientierungsmärsche durch. Die Versammlungen der Neonazis in Vossennack sind fester Bestandteil der Veranstaltungen zum „Volkstrauertag" im Kreis Düren geworden; sie werden toleriert oder ignoriert. Es ist kaum verwunderlich, dass während der „offiziellen" Veranstaltung in Vossenack das Lied „Ich hatte einen Kameraden" instrumental intoniert wurde. Wenig später sangen die Neonazis selbiges Lied voller Inbrunst. Überhaupt, die Anwesenden bei der „offiziellen" Veranstaltung scheint die alljährliche Präsenz der Neonazis wenig zu stören. Bereits im vergangenen Jahr tauchten 27 Mitglieder der neofaschistischen NPD in Vossennack auf; in den Jahren davor waren es jeweils um die 15 Personen.

Es lohnt sich ein näherer Blick darauf, wer sich dort zur „offiziellen" Gedenkveranstaltung trifft. Neben der lokalen CDU-Prominenz versammelten sich ehemalige Mitglieder der 116. Panzerdivision („Windhunde-Division"), die im „Familienverband ehemaliger Angehöriger der Windhund-Division" zusammengeschlossen sind. In unmittelbarer Nähe zum Friedhof unterhalten sie ein eigenes Areal, auf dem sie alljährlich eine eigene Veranstaltung durchführen. Zweck des Vereins ist laut Satzung die „Pflege der Kameradschaft und der Tradition". Was sie unter dieser Tradition verstehen, ist in der Ausstellung (die irreführend „Windhunde mahnen zum Frieden" genannt wurde) deutlich zu erkennen. Der braune Traditionsverein Ewiggestriger verfolgt mit dieser Ausstellung das Ziel, den Mythos von der „sauberen Wehrmacht" aufzubauen.

Eine Abteilung der Bundeswehr aus der Kaserne in Nörvenich nahm an der diesjährigen Veranstaltung ebenfalls teil. Auch hier schließt sich der Kreis; das dort stationierte Geschwader ist nach Oswald Boelcke benannt, einem Flieger aus dem ersten Weltkrieg, nach dem bereits ein Kampfgeschwader der faschistischen Legion Kondor benannt war, welches u.a. an dem Bombenangriff 1937 auf die Stadt Guernica beteiligt war.

Wir haben nichts gegen individuelle Trauer einzuwenden. Doch was jedes Jahr im Rahmen des Volkstrauertages in Vossennack stattfindet, ist Verharmlosung der Verbrechen der faschistischen Wehrmacht, ohne die Auschwitz, Buchenwald, Bergen-Belsen, Treblinka und viele weitere Verbrechen nicht möglich gewesen wären. Die deutsche Geschichte soll reingewaschen werden, um den Weg zu neuen Kriegen vorzubereiten. Wir erinnern daran, dass sich die Bundeswehr verfassungswidrig an zwei Kriegen beteiligt hat (Jugoslawien 1999 und Afghanistan 2001). Im Kreis Düren wird fleißig daran mitgearbeitet, die deutsche Geschichte zu verdrehen. Die einen (Neonazis) tun es offen, die anderen subtiler. Skandalös ist, dass Landrat und Kreispolizeibehörde den Neonazis



freie Hand für ihre menschenverachtenden Aufmärsche lassen. Das Ergebnis ist, dass von Jahr zu Jahr mehr Neonazis nach Vossennack kommen.

Befreien wir uns von diesem Alptraum: Kein Gedenken an Wehrmacht und Waffen-SS! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Antifa Düren, 18.11.2002
www.antifa-dueren.de ■

Zehn Jahre nach Mölln Neonazi-Brandanschlag auf türkische Familie

WOLFENBÜTTEL/MÖLLN. Am zehnten Jahrestag des tödlichen Brandanschlags auf türkische Frauen und Kinder in Mölln haben Neonazis wieder versucht, ein von Türken bewohntes Haus anzuzünden. Das Ehepaar und seine beiden Kinder blieben bei dem Anschlag auf die türkische Moschee im niedersächsischen Wolfenbüttel nur durch Glück unverletzt. Fünf Rechtsextremisten zwischen 16 und 22 Jahren gestanden die Tat und wurden in Untersuchungshaft genommen. Zur Tatzeit am frühen Samstagmorgen schlief die Familie.

Insgesamt vermutlich sieben Täter hatten mehrfach hartnäckig versucht, das Gebäude mit Molotow-Cocktails in Brand zu setzen. Als Motiv nannte die Polizei Ausländerfeindlichkeit. Mehrere Mitglieder der Gruppe waren den Behörden bekannt, unter anderem wegen des Tragens verbotener nationalsozialistischer Symbole.

Bei den Anschlägen in Mölln hatten Rechtsextremisten am 23. November 1992 drei Türkinnen, darunter zwei Kinder, getötet. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik waren bei ausländerfeindlichen Straftaten Menschen gestorben. Am Samstag gedachten rund 500 Menschen der Opfer in der holsteinischen Stadt.

In Wolfenbüttel gingen die Täter nach bisherigem Ermittlungsstand in der Nacht zum Samstag drei Mal zu dem zweistöckigen Wohn- und Geschäftshaus in der Innenstadt und bewarfen es mit Brandsätzen. Die vermutlich mit Benzin gefüllten Bier- und Sektflaschen prallten an den drahtverstärkten Scheiben und der Fassade ab. Nach den beiden Fehlversuchen seien vier Täter zurückgekommen und hätten neue Anläufe unternommen, sagte der Polizeisprecher.

Erst nach dem letzten Versuch gegen 3.30 Uhr waren Anwohner aufmerksam geworden und hatten die Feuerwehr alarmiert. Es sei nur deshalb ein größeres Unglück verhindert worden, weil die Molotow-Cocktails die Fenster nicht durchbrachen und so das Innere des Hauses nicht in Brand gesetzt wurde, sagte der Sprecher. Die Moschee befindet sich im Erdgeschoss des Hauses neben einem türkischen Lebensmittelgeschäft.

Die Ermittler durchsuchten die Wohnungen der Verdächtigen und stellten umfangreiches Beweismaterial sicher.

nach Presseberichten ■

Brutaler Mord durch Neonazis in der Uckermark

Um nicht als „braunes Nest“ abgestempelt zu werden, müssen die Einwohner von Potzlow in Zukunft wohl einiges tun, was über die Beteuerungen, es gebe doch kaum Rechte im Ort, hinausgeht. Schließlich gab es in Potzlow vor fünf Jahren, am 24. August 1997, schon einmal einen Mord, an dem fünf Neonazis beteiligt waren. Sie schlugen einen Sozialarbeiter auf offener Straße mit Baseballschlägern tot. Jetzt wurde der Mord an einem 17-Jährigen aufgedeckt, desssen Aussehen drei Rechtsextremen nicht gepasst hatte. Marinus war mit Hip-Hopper-Hose und blond gefärbtem Haar unterwegs gewesen. Er wurde so lange gequält, bis er tot war. Am Ende warfen sie ihn in eine Jauchegrube.

An dem Schweigemarsch zu dem Ort, an dem der Leichnam von Marinus Schöberl Anfang vergangener Woche gefunden wurde, nahmen am Sonntag mehrere hundert Einwohner von Potzlow teil. Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) sprach vor Ort mahnende Worte, Innenminister Jörg Schönbohm machte derweil die allgemeine Verwahrlosung der Familien für die Tat verantwortlich. Der 17jährige war am 12. Juli von drei Angehörigen der rechten Szene gequält und ermordet worden. Die jetzt in Untersuchungshaft sitzenden Täter gelten als Mitglieder der örtlichen Neonaziszene, der Älteste, Marco Sch., ist bereits wegen eines Angriffs auf einen aus dem afrikanischen Sierra Leone stammenden Mann vorbestraft.

Junge Antifaschisten fühlen sich von der Tat besonders betroffen und wollen deshalb am Samstag nach Potzlow fahren. Unter dem Motto „Potzlow ist überall – Dem rechten Konsens entgegentreten!“ wollen sie darauf aufmerksam machen, dass bis heute in der Uckermark und anderswo die Normalität rechtsextremer Dominanz verdrängt wird. Erst im Mai diesen Jahres wurde in der brandenburgischen Stadt Wittstock ein „Nichtdeutscher“ von rechtsgerichteten Jugendlichen ermordet. Zur Demonstration rufen neben dem Brandenburger Verein „Pfeffer & Salz“ auch die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) und die Antifa Uckermark auf. Die AAB schreibt, man wolle „Wut und Widerstand dorthin tragen, wo seit Jahren Menschen ihr Anderssein oder ihr Andersaussehen mit dem Leben bezahlen müssen“. Die Antifa Uckermarck betont gleichzeitig, es gehe „nicht um die Stigmatisierung eines Ortes“. Dennoch wolle man vor Ort darauf hinweisen, dass die Tat im „Kontext des gesellschaftlichen Klimas“ stehe. Nicht zuletzt frage man sich, „was noch passieren soll“, damit Jugendpolitik endlich aufhöre, rechte Jugendliche einfach „zu akzeptieren“. Rund 200 Demonstranten versammelten sich am 30.11. auf dem Marktplatz in Potzlow. Eine Sprecherin der Antifa Uckermark kritisierte das „Mehrheitsklima von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ in der Region. Man verweigere eine Diskussion und ignoriere die rechtsextremen Ursachen des Mordes an Schöberl. *Infos: www.inforiot.de* ■

Keine Entschädigung für italienische Häftlinge?

BERLIN. Von den 120.000 ehemaligen italienischen Militärinternierten erhielten bereits 45000 eine Absage auf ihren Antrag auf Entschädigung von der Bundesstiftung zur Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter. Ihre Forderungen seien unberechtigt, hieß es, für Kriegsgefangenschaft gäbe es keine Entschädigungen. Bei Historikern ist die Frage der Entschädigung von Militärinternierten umstritten. Während z.B. der Berliner Jurist Christian Tomuschat vertritt, die Militärinternierten hätten bis zum Ende des Krieges ihren Status als Kriegsgefangene nicht verloren, sehen die Historiker Ulrich Herbert und Gerhard Schreiber das anders, gerade im Fall Italien. Nachdem Rom kapituliert habe, seien Soldaten des früheren Bündnispartners von der Wehrmacht in den besetzten Gebieten gefangen genommen und zum Arbeitseinsatz verpflichtet worden. Damit hätten die Deutschen aus Soldaten Zwangsarbeiter gemacht und dieser zivile Status begründe entsprechende Ansprüche auf Entschädigung.

Den früheren Militärinternierten, die die Stiftung abweist, bleibt die Hoffnung auf das Berliner Verwaltungsgericht. Es muss sich mit der Musterklage von zwei ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen befassen, die Entschädigung von je 15000 Euro verlangen und sich dabei stützen auf eine Expertise von Pavel Polian. Der russische Professor führt als Beleg für die Bedingungen der Gefangenschaft die Sterblichkeitsrate von 57 Prozent an. *Quelle: FR 14.11.* ■

Ins Wespennest gestochen?-- Neonazis wüten gegen die Kampagne „Thor muss weg". 25 Neonazis griffen Infoveranstaltung in der Dresdner Neustadt an.

Neonazi-Angriff in Dresden

Am Abend des 20. November fand im „Herbert-Wehner-Bildungswerk" auf der Kamenzer Straße 12 die erste Infoveranstaltung im Rahmen der Kampagne „Thor muss weg" statt. Thema war unter anderem die Organisation Dresdner Neonazis innerhalb der bundesweiten „Freien Kameradschafts"-Strukturen.

Die Kampagne „Thor muss weg" richtet sich gegen den Neonaziklub „Thor" in Dresden-Übigau. Das „Thor" ist seit Mai dieses Jahres Treffpunkt der organisierten Dresdner und regionalen Neonaziszene. Das Haus, das von den so genannten „Freien Kräften Dresden" betrieben wird, ist Sammelpunkt für Neonazis und trägt zur Verfestigung von nationalsozialistischer und rassistischer Ideologie bei. Hier werden nicht nur Neonazikonzerte durchgeführt, sondern auch Übergriffe geplant und ausgeführt.

Die Kampagne will an den gesellschaftlichen Protest gegen Neonaziaufmärsche der letzten Jahre (z.B. „Dresden gegen Rechts") anknüpfen und nun die Orte problematisieren, an denen Neonazis sich organisieren. Einen Neonaziklub, wie das „Thor", hat es in Dresden bis Anfang dieses Jahres noch nicht gegeben.

Organisierter Angriff hatte glücklicher Weise wenig Erfolg

Kurz vor Beginn der Infoveranstaltung (18 Uhr) traf der bekannte Neonazi-Kader Sven Hagendorf am Eingang des „Wehner-Bildungswerks" ein. Er ist einer der Mieter des „Klub Thor" und bekannt als „Anti-Antifa"-Aktivist. Er filmt als solcher Menschen, die sich am gesellschaftlichen Widerstand (wie z.B am 1. Mai in Dresden) gegen Neonazis beteiligen. 2002 wollte er als Direktkandidat der NPD in den Bundestag, erreichte aber die nötige Anzahl von 200 Unterschriften nicht.

Wegen vorangegangener Drohungen von Seiten der Neonazis behielten wir den „Klub Thor" an diesem Abend „im Auge". So konnten wir beobachten, wie kurz nach einem Telefonat von Sven Hagendorf vier vollbesetzte Autos in Richtung Dresdner-Neustadt vom „Klub Thor" losfuhren. Zu diesem Zeitpunkt verständigten wir erstmalig die Polizei. Nachdem Sven Hagendorf 15 Minuten später vor der Tür stand, kam eine Gruppe von zirka 25 Neonazis aus Richtung Martin-Luther-Platz. Als sie in die Kamenzer Straße einbogen, zogen sich die Neonazis demonstrativ Handschuhe an und vermummten sich mit Kapuzen und Schals. So stürmten sie auf den Eingang zu, vor dem sich einige BesucherInnen und Engagierte der Kampagne gegen den Neonaziklub aufhielten.

Nur weil die Organisatoren kurz vor dem Eintreffen der bewaffneten Neonazis gewarnt wurden, gelang es noch die Haustür von innen zu verschließen und sich dahinter zu retten. Die Angreifer rüttelten an der Tür und versuchten einzudringen. Dann zogen sich alle, bis auf S. Hagendorf, zurück und kamen 5 Minuten später erneut. In dem Moment traf (glücklicherweise) die Polizei ein. Sie sprach den Neonazis schließlich einen Platzverweis aus, durchsuchte die teilweise bewaffneten Neonazis aber nicht. Die Neonazis verließen 18.30 Uhr den Ort in Richtung Luisenstraße. Dort machten sie erneut Jagd auf drei Menschen, die sich in einen Hauseingang flüchten konnten. Kurze Zeit später war die Gruppe wieder im „Klub Thor".

Gefährlichkeit der Neonazis bestätigt sich erneut

Mit ihrem martialischem Auftreten und Agieren aus dem „Klub Thor" heraus bestaetigen die Neonazis einmal mehr die gegen diesen „Klub" geäußerten ‚Bedenken'. Die Infoveranstaltung konnte trotz der Einschüchterungsversuche der Neonazis durchgeführt werden. Nicht zuletzt dadurch, dass die Polizei während der ganzen Veranstaltung mit einem Streifenwagen vor der Tür stand. Mehreren günstigen Umständen und schnellem Handeln der VeranstalterInnen ist es zu verdanken, dass die Neonazis niemanden verletzen konnten. Es kann nicht sein, dass derartige Angriffe von Neonazis geduldet werden.

Wir fordern die Schließung des Neonaziklubs „Thor" und aller weiteren Neonazilocations! *Tina Sommer – Vertreterin der Kampagne* ■

Die UnterstützerInnen der Kampagne „Thor muss weg": Jusos Sachsen, SJD Die Falken - Landesverband Sachsen, Naturfreundejugend Sachsen, AMAL Sachsen - Hilfe fuer Betroffene rechter Gewalt, PDS Jugend Sachsen, Falken Dresden, Jusos Dresden, Terminal Dresden, Ecodefense Dresden, Klub RM 16, Partizan Dresden, S.A.R.G. Dresden, Kellercore 2, Schwarz-Rot Garage, AntifaRechercheTeam (ART) Dresden, AZ Conni e.V., Buchladen „Koenig Kurt", BUNTschuh - linke Studigruppe, Auslaenderrat Dresden e.V., Antifa Dresden, Murks e.V., Roter Baum e.V., ColoRadio, Die Roten Bergsteiger, JuLi - Junge Linke in und bei der PDS Dresden, Ultras Dynamo, Spot off! - Initiative gegen Videoueberwachung, Ostsachseninfos Goerlitz, Fischladen e.V. - Fanladen des Roten Stern Leipzig, Friedensweg Leipzig e.V., VL Leipzig e.V., ARTOS - antifaschistisches Rechercheteam Ostsachsen, Antifaschistische Aktion 13 Pirna, antifarecherchegruppe Hoyerswerda - ARGH, Matthias Gaertner (Mitglied des Landtags Sachsen-Anhalt), Blackhead Security Ltd. (Jersey/GB, Dresden, Leipzig)

Weitere Informationen zur Kampagne @ http://www.thormussweg.de Rückfragen an info@thormussweg.de ■

Dresdner Naziklub „Thor" hetzt online

Seit einiger Zeit bietet der Dresdner Naziklub „Thor" auch im Internet seine rechtsextremistischen Ausflüsse dar. Noch während der ‚Erstellungsphase' wurde die dürftige Site online geschaltet, mittelbar im zeitlichen Zusammenhang um den Nazi-Angriff am 20. November auf eine Informationsveranstaltung der Dresdner Kampagne „Thor muss weg". Wenn bürgerliche Medien verniedlichend vom „vermeintlichen" rechtsextremen Jugendklub schreiben und gleichzeitig unwidersprochen den Nazi-Kader Ronny Thomas zu Wort kommen lassen („Im Thor machen wir nationale Jugendarbeit." ... „Wir wollen Jugendlichen helfen, sich zu entfalten."), so spricht der Internet-Auftritt des „KLUB THOR. der nationale jugendclub in dresden" eine eindeutig deutliche Sprache. Die Site des „Thor" ist dementsprechend auch zu einschlägig bekannten regionalen und überregionalen Nazi-Sites verlinkt. Ein so genanntes „Demometer des nationalen Widerstandes", Hinweise und Informationen zu Nazi-Aufmärschen, ist logischerweise ebenso zu finden.

Auf der „Thor"-Site wird im rechtsextrem üblichen Slogan „die Kumpanei zwischen Staat und kriminellen Antifabanden" entsprechend thematisiert. Linke Dresdner Initiativen und Gruppen werden beschimpft und diffamiert. Ergänzend dazu wurde mittlerweile bekannt, dass verschiedene Gruppen aus dem Unterstützerkreis der Dresdner Kampagne gegen das „Thor" seit einiger Zeit aus der rechtsextremen Szene heraus bedroht werden. Darüber hinaus zielt der Internet-Auftritt der Dresdner Neonazis gegen einen sächsischen PDS-Landtagsabgeordneten, dessen Bürgerbüroanschrift, sowie Telefonerreichbarkeiten, explizit aufgeführt werden. Dem Abgeordneten werden im Nazi-Slang „keinerlei Berührungsängste mit kriminellen und gewaltätigen Gruppierungen" (Fehler im Original) attestiert.

Das demnächst geplante ‚Torwandschießen' mit anschließendem ‚antifaschistischen Fußballturnier' am 7.12. in Dresden-Übigau scheint die Nazis derart zu beunruhigen, dass sie für diesen Tag ihre Anlieger vor „Chaoten und Gewalttouristen" glauben warnen zu müssen. „Wir werden an diesem Tag einen Rechtsanwalt vor Ort haben, um mögliche Störungen oder Übergriffe schnellstmöglich zur Anzeige zu bringen. Sollten Sie bedroht, beleidigt oder angegriffen werden, so stehen wir Ihnen mit unserem Rechtsanwalt gerne zur Verfügung. Für diesen Tag ist ein Infotelefon unter 0175-1434857 geschaltet.", lassen diese deutschen Täter ihren Opfer-Text enden. Das Copyright für den „Thor"-Webauftritt liegt übrigens beim „Heimatschutz Netzwerk Sachsen".

ART Dresden, http://venceremos.antifa.net ■

Front National vor dem Generationswechsel?

Der alternde Monarch hatte drei Töchter. Die erste hatte er verstoßen, denn sie lebte mit einem Verräter zusammen und hatte ihren alten Vater schmählich im Stich gelassen. Die anderen beiden lebten mit dem Chef in einem reichen Schloß zusammen. Die zweite war schüchtern und trat wenig in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Allerdings hatte sie dem Chef einen Schwiegersohn geschenkt, der zuerst alle Hoffnungen des Alten - der bis dahin öffentlich bedauert hatte, keinen Sohn als Nachfolger zu haben - zu erfüllen schien. Allerdings wollte er zu schnell zu hoch hinaus, deswegen wurde ihm durch die Umgebung des Monarchen kräftig auf die Finger geklopft. Die dritte aber war das Wunderkind. Als das Volk diese jüngste Prinzessin am Hof des Monarchen entdeckt hatte, war es hin und weg. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann hat sie die Nachfolge des Alten angetreten.

Es klingt wie eine schöne Geschichte, aber es ist bitterer Ernst. Die älteste Tochter von Jean-Marie Le Pen, Marie-Caroline (Jahrgang 1960), wurde von ihm im Dezember 1998 im Fernsehen live verstoßen. Denn sie war anlässlich der Parteispaltung ihrem Ehemann Philippe Olivier, damals „rechte Hand" des Herausforderers Bruno Mégret, gefolgt. Sie hatte bis dahin als politische Aufsteigerin innerhalb des französischen Neofaschismus gegolten. Die anderen beiden Töchter, Yann und Marine, leben bei ihrem Vater auf dem quasi-fürstlichen Anwesen im Pariser Nobelvorort Saint-Cloud: dem „Schloss" Montretout, das Le Pen 1976 von einem geistig umnachteten Anhänger – Hubert Lambert, einem Monarchisten und Großbürgersöhnchen, das sich seiner Lebensuntüchtigkeit durch ein ideologisches Delirium entzogen hatte – erbte.

Yann (Jahrgang 1963) Le Pen ist zwar FN-Beauftragte für die Großdemonstrationen der Partei. Doch aufgrund ihres schüchternen Charakters und ihrer eher geringen politischen Fähigkeiten tritt sie kaum nach außen hin in Erscheinung. Ihr Ehemann Samuel Maréchal kam 1995 als Chef der Jugendorganisation FNJ zunächst ganz groß heraus, doch 1999 wurde er durch die Führungskader der Partei wegen ideologischer Abweichung – er hatte zu sehr auf „Mäßigung" des Images gesetzt – kalt gestellt.

Blieb die letzte Tochter: Marine Le Pen (Jahrgang 1968). Sie war, für viele in der Partei, die große Entdeckung der Fernsehbilder während des (für viele überraschend kommenden) Wahltriumphs von Jean-Marie Le Pen am 21. April. Die 1992 vereidigte Anwältin, die im Jahr 1998 die – eigens durch den Herrn Papa für sie gegründete – Rechtsabteilung der Partei übernahm, erwies sich als schlagfertige Debattenrednerin und beste Verteidigerin ihres Herrn Papa. Im übrigen kann die blonde Jungpolitikerin eine gewisse Attraktivität vorweisen. Auch wenn sie diese mit der Statur des Vaters kombiniert, also eine Art germanischer Donnerwalküre, aber in der bretonischen Ausgabe.

Daher ist Jean-Marie Le Pen derzeit allem Anschein nach dabei, die bisher ausgesprochen heikle Frage seiner Nachfolge an der Spitze des FN zu regeln. Bruno Mégret war seinerseits aus der Partei geflogen, weil er in dieser



Le Pen im Kreise seiner Töchter

Frage zu sehr gedrängelt hatte. Doch jetzt zeichnet sich eine Nachfolgerin ab, die dem alternden Chef – Le Pen wird im Juni kommenden Jahres 75 – umso genehmer ist, als sie auf den Familiennamen Le Pen hört. Mégret hatte das dereinst als die „monegassische Verirrung" bezeichnet, unter Anspielung auf den Fürstenclan von Monaco.

Allerdings ist Marine Le Pen – sie wurde auf dem Kongress von Strasbourg Ende März/ Anfang April 1997, durch autoritäre Entscheidung des Chefs ins Politische Büro (das höchste Führungsgremium der Partei) aufgenommen – nicht nur Familienmitglied, sondern eine echte politische Überzeugungstäterin. Wie die anderen beiden Le Pen-Töchter auch war sie in einer als feindselig erlebten Umgebung aufgewachsen – denn während ihrer frühen Jugend und Purbertät sprach man in der Schule häufig von den Schandtaten des Vaters, denn 1984 wurde (parallel zum ersten wahlpolitischen Durchbruch des FN) dessen Foltervergangenheit in Algerien öffentlich. Marine Le Pen ist sogar in besonderer Weise von einem Kindheitserlebnis im Zusammenhang mit ihrem Vater geprägt: Als sie acht Jahre alt war, rasierte eine Bombe das damalige Wohnhaus der Familie Le Pen im 15. Pariser Bezirk ab. Das war am 1. November 1976. Die genauen Hintergründe sind bis heute nicht aufgeklärt. Manche Beobachter tippen auf Neider wegen der fetten Erbschaft von Hubert Lambert (siehe oben), andere eher auf inner-faschistische Streitigkeiten, die auf handfeste Art geregelt werden sollten. Die bis heute durch Le Pen (gerade auch die Tochter) verfochtene These, es habe sich um ein „linksterroristisches Attentat" gehandelt, ist nicht plausibel – denn der FN-Chef hatte damals nur geringe politische Bedeutung. Auf jeden Fall aber hat durch das subjektive Erlebnis einer solchen Feindseligkeit, der sie wegen ihres prominenten Vaters ausgesetzt seien, bei allen Töchtern des FN-Chefs – besonders aber bei Marine Le Pen - eine besondere Identifikation mit der ideologischen „Sache" des rechtsextremen Chefs eingesetzt. Im Übrigen wurden selbst jene Familienmitglieder, die dem heimischen politischen Milieu vorübergehend zu entweichen suchten, dauernd darauf zurückgeworfen. Yann Le Pen behauptet (vgl. „Le Monde" vom 29.11.02), als sie mit 18 Jahren beim Club Méditerannée angestellt gewesen sei, habe man ihr ständig den Hitlergruß gezeigt, bis sie davongelaufen sei. Alle drei Le Pen-Töchter sind mit rechtsextremen Aktivisten verheiratet - die jüngste Tochter Marine wird im Dezember 2002 einen der jungen Aufsteiger beim FN, Eric Iorio, ein Parteimitglied von Jugendbeinen an, in zweiter Hochzeit ehelichen.

Marine Le Pen, das „moderne und sympathische" Gesicht des FN?

Die 34jährige Anwältin, die seit 1998 die Rechtsabteilung des FN leitet und bereits kurz danach innerparteilich die Scharfmacherin bei der „Säuberung" von Mégret-Anhängern spielte, soll der Partei ein neues, attraktiveres Gesicht nach außen hin geben. Tatsächlich haben ausnahmslose alle landesweit erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften ihr in den letzten 6 bis 8 Wochen ganz- oder mehrseitige Beiträge gewidmet. Begleitet wurde diese Medienpräsenz durch viel beachtete Fernsehauftritte. In einem Interview mit der Boulevardzeitung „Le Parisien" vom 30. September 02 strich

sie klar heraus, worin ihre Rolle künftig bestehen wird: „(Vor der Präsidentschaftswahl) hat es uns an Vermittlern in der öffentlichen Meinung gemangelt, wir wiesen eine Glaubwürdigkeitslücke auf, und es herrschten auch einige Zweideutigkeiten, die wir nicht aufheben konnten. (...) Wir wollen unsere Kader ergänzen, da wir uns nunmehr in einer Kultur des Aufstiegs an der Macht situieren. Der FN, der sich in einem Wandlungsprozess befindet, versetzt sich in die Lage, morgen Frankreich zu führen."

Als Marine Le Pen im Juli die Führung der 1998 durch Samuel Maréchal geschaffenen Satellitenorganisation für die jüngeren Generationen, „Générations Le Pen", übernahm, deutete sie gegenüber der Presse ein paar programmatische Wandlungen an. In der Abtreibungsfrage sei die Position der Partei zu modernisieren, kündigte Marine Le Pen – selbst Mutter dreier kleiner Kinder und geschieden–- an, und auch in der Frage der Europäischen Union seien Anpassungen notwendig. Dabei scheint sie die Unterstützung ihres Vaters zu genießen.

Allerdings beschränken die angekündigten Wandlungen sich auf Detailkorrekturen. So besteht ihre Position zum Schwangerschaftsabbruch darin, dass eine gezielte Förderung der Mutterschaft französischer Frauen – an Immigrantinnen ist offenkundig nicht gedacht – weitaus effektiver sei, um dasselbe Ziel zu erreichen, als eine Kriminalisierung von Abbrüchen. Das Ziel bleibt bestehen, nämlich eine Förderung französischer Geburten, um die Einwanderungsbevölkerung (durch einen gelungenen Generationenaustausch) „überflüssig" zu machen, jedenfalls auf dem Arbeitsmarkt.

Zur Frage der Einwanderungspolitik selbst, das zeigte ihr bisher bedeutendster Fernsehauftritt bei der RTL-Politikerjury am 27. Oktober 02, nimmt Marine Le Pen mindestens so harte Positionen ein wie ihr Vater. Und sie vermag sie bisweilen, als schlagfertige ehemalige Anwältin, geschickter zu begründen. So hatte sie auf die Frage, warum der FN für die Beibehaltung der diskriminierenden „Doppelbestrafung" für Immigranten – Gefängnisstrafe (wie für jeden Franzosen) plus, nach deren Verbüßung, zusätzlich die Abschiebung – eintrete, während selbst ein Teil der Konservativen derzeit kritisch darüber nachdenkt, prompt die Antwort parat. Denn die betreffenden Einwanderer würden „schließlich auch zwei Gesetze verletzen", im Gegensatz zu den gewissermaßen normal bestraften Franzosen: „Das Gesetz der Republik und das Gesetz der Gastfreundschaft". Das ist zwar juristisch völlig unhaltbar. Aber es kommt bei einem bestimmten Publikum gut an, das so seine Ressentiments mit intelligent klingenden Worten bestätigt fühlt.

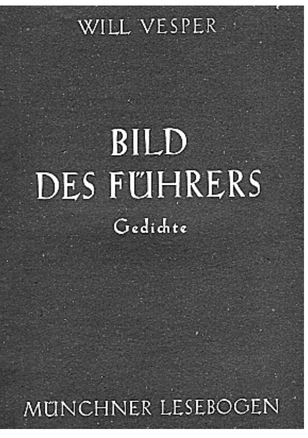
Bernhard Schmid, Paris ■

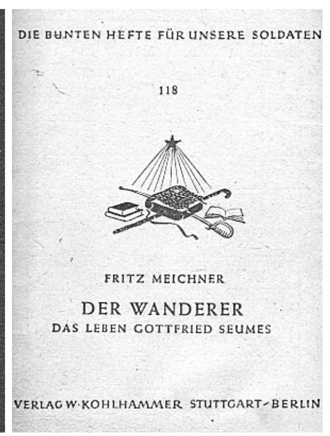
Widerständler waren sie nie

Der Bertelsmann-Verlag in den Jahren des Faschismus

Am 7. Oktober präsentierte in München die Unabhängige Kommission zur Erforschung der Geschichte des Bertelsmann-Verlages in den Jahren 1933 bis 1945 das Ergebnis ihrer Recherchen. Zwei dicke Bände liegen vor. „Der moralische Befund ist trübe", befindet die Neue Zürcher Zeitung, meint aber zugleich: „dennoch kann der Weltkonzern insgesamt zufrieden sein".

Die Kommission, eingesetzt vom zu Mitte des Jahres geschassten Vorstandsvorsitzenden Thomas Middelhoff, hat mehr als 50 Archive in der Bundesrepublik und anderen Ländern Europas aufgesucht sowie Gespräche mit Zeitzeugen geführt. Geleitet von dem bekannten amerikanischen Holocaustforscher Saul Friedländer, kam sie zur Ansicht, dass der damalige Firmenchef Heinrich Mohn, in der NS-Zeit zwar aus überwiegend taktischen Gründen dem Kreis der „Fördernden Mitglieder der SS" angehörte, sein Mitmachen sich aber weitgehend auf die Zahlung der Mitgliedsbeiträge beschränkte. Sein Sohn und Nachfolger Reinhard war, wie seine Geschwister, wohl Mitglied der Hitler-Jugend, ist aber nie der NSDAP beigetreten. Die Mohns waren, wie viele damals, opportunistische Mitläufer der Nazis.





Lesestoff für die Wehrmacht, wie er auch aus dem Bertelsmann-Verlag kam

Anders das Bild vom Firmenchef Heinrich Mohn. Wenn es ums Geschäft ging, dann war von seiner Distanz zum Nazi-Regime nichts mehr vorhanden. So wurde der Verlag C. Bertelsmann im zweiten Weltkrieg zum größten Buchproduzenten der Wehrmacht, er überflügelte sogar den parteiamtlichen Eher-Verlag.

Von 1935 bis 1943 konnte die kleine, bis dahin hauptsächlich theologische Literatur verlegende Firma, ihren Umsatz verzwanzigfachen. Dafür musste Heinrich Mohn, der der Bekennenden Kirche angehörte, die theologische Literatur in den zugekauften Rufer-Verlag ausgliedern. So konnte Bertelsmann nun die Schriften verlegen, die der Wehrmacht entgegen kamen: Kriegsbücher und die sogenannten „Feldausgaben" von Unterhaltungs-, Abenteuer- und Heimatromanen. Selbst antisemitische Texte, die den NS-Kampfsschriften in nichts nachstanden, wurden von Bertelsmann publiziert. Vier Punkte sind es, durch die der mittelständische C. Bertelsmann Verlag zum Partner und Massenproduzenten der faschistischen Wehrmacht aufstieg: Höchstmaß an Anpassung, weltanschauliche Affinität, Flexibilität und Leistungsbereitschaft.

Dennoch ereilte den Verlag im Oktober 1944 das Verbot, Neuerscheinungen herauszugeben. Den Anlass dafür gab ein Korruptionsprozess, in den seine leitenden Mitarbeiter verwickelt waren. Die alten Buchtitel durften jedoch weiter ausgeliefert werden, die Druckerei wie die Buchbinderei arbeiteten ebenfalls ohne Einschränkungen weiter.

Mit den vorgelegten Fakten der Historikerkommission ist die Legende vom „Widerstandsverlag", der subversive Bücher veröffentlicht habe und deswegen von den Nazis mit einem Verbot belegt worden sei, endgültig passé.

Zu zwei weiteren Fragen stellte die Kommission fest: Am Standort Gütersloh wurden keine Zwangsarbeiter beschäftigt und der Aufstieg zum Weltkonzern beruht nicht auf „Nazi-Geld".

Als die Familie Mohn 1946 für ihren Verlag von den britischen Besatzern die Lizenz erhielt, war dieser, so hieß es auf der Pressekonferenz in München, „ökonomisch nicht so gut aufgestellt gewesen, wie man es nach den Kriegsgewinnen hätte erwarten können". Erst der Bertelsmann-Buch-Club, Anfang der fünfziger Jahre gegründet, habe die Erfolgsgeschichte eingeleitet.

Ob der vorgelegte Untersuchungsbericht am Image wie Marktstellung des C. Bertelsmann Verlages, der heute als weltweites Unternehmen Random House heißt, Kratzer hinterlässt, wird die Zukunft zeigen. Sicher jedoch ist: Widerständler waren die „Bertelsmänner" aus Gütersloh in den braunen Jahren nie.

Karl-H. Walloch, Leipzigs Neue ■

ATTAC-Kundgebung duldete Rechtsextremisten mit Transparent des „Nationalen Widerstandes“

MÜNCHEN. Zu einer Kundgebung gegen „Bushs Krieg gegen den Irak“ hatte die Münchner Regionalgruppe von ATTAC für den 21.11. auf den Geschwister-Scholl-Platz gerufen. Unter den 200 Teilnehmern waren auch zirka 20 Neonazis mit einem Transparent des „Nationalen Widerstandes“ gegen den US-Imperialismus. Angeführt wurden sie von Martin Wiese, der vor zwei Jahren an einem brutalen Überfall auf einen Griechen beteiligt war und seit Wochen Kundgebungen gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg der Wehrmacht“ in München veranstaltet. Während gegen diese allwöchentlichen Naziprovokationen zumindest einige hundert Antifaschisten aktiv wurden, konnten dieselben Neonazis diesmal an einer linken Antikriegskundgebung teilnehmen. Nur eine Handvoll Kundgebungsteilnehmer versuchte, sie mit Rufen zu vertreiben oder ihr Transparent zu verdecken.

Von Seiten der Veranstalter folgte lediglich eine kurze Distanzierung von den Neonazis, die von da an mitdemonstrieren durften. Eine Kundgebungsrednerin rief sogar dazu auf, die Nazis unbehelligt zu lassen. Die Polizei konnte so die wenigen Antifaschisten, die gegen die Nazis vorgehen wollten, mit dem Argument bedrohen, sie würden die Antikriegskundgebung stören.

Ohne mit einem Wort auf die Nazibeteiligung an der ATTAC-Kundgebung einzugehen, rief ein Redner der Gruppe Linksruck dazu auf, am 30. November einen Sternmarsch von Neonazis durch München zu verhindern. Während sie sich mit ihren Springerstiefeln ausgerechnet auf einem vor der Universität in den Boden eingelassenen Mahnmal für die antifaschistische Widerstandsgruppe Weiße Rose postiert hatten, konnten die Nazis nahezu ungestört die Verbrechen der Hitlerwehrmacht leugnen.

Einige anarchistische und trotzkistische Gruppen hatten schon im Vorfeld den Aufruftext der ATTAC-Kundgebung kritisiert, da die deutsche Kriegsbeteiligung auf dem Balkan und in Afghanistan hier einfach ignoriert wurde. Zudem zitierte der Aufruf den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der eine Sperrung des deutschen Luftraums für US-Kampfflugzeuge mit dem Argument forderte, Deutschland müsse sich gegenüber den USA seine Souveränität erkämpfen.

Nick Brauns ■

Frankreich:

Die Neofaschisten und der drohende Irakkrieg

Adolf Hitler war ein Waisenknabe, lehren uns die aktuellen Geschehnisse – folgt man jedenfalls dem Studiogast. Denn „der wahre Grund, der vielleicht zum Krieg führen wird (...) ist der Wille der Vereinigten Staaten, sich des Öls im Mittleren Osten zu bemächtigen.“ Auf diese Ausführungen hin, denen man im Prinzip durchaus noch folgen kann, fährt der Redner fort: „Zuerst des Öls im Irak und dann jenes der Arabischen Halbinsel, um ihren politischen Willen, ihren Imperialismus der gesamten Welt aufzuzwingen. Wenn Hitler nur ein Viertel davon getan hätte, wäre er auf die Anklagebank des Weltgewissens (conscience universelle) gezerrt worden; und alle Welt scheint die Idee wie selbstverständlich hinzunehmen.“



Das ist Jean-Marie Le Pen, wie er leibt und lebt: Nie um ein geschmackloses Wortspiel oder einen die Geschichte relativierenden, gar Hitler rechtfertigenden Vergleich verlegen. Dass Hitler einiges mehr als „ein Viertel“ der aktuellen Gewaltpolitik der US-Administration Bush zu verantworten hat, und dass sein Regime seit langem vom „Weltgewissen“ verurteilt worden ist, damit braucht man ihm nicht zu kommen.

Der Chef des französischen Front National hatte sich im Rahmen eines Gesprächs mit dem Kabelsender LCI (La chaîne info) geäußert, das am 14. November 02 ausgestrahlt wurde. Hinzugefügt sei, dass, abgesehen vom Hitler-Vergleich, der Rest seiner Ausführungen klassische Positionen des FN darstellen. Die rechtsextreme Partei hatte bereits anlässlich der Kuwait-Krise und des nachfolgenden Golfkriegs 1990/91 Partei für den Irak ergriffen. Allerdings nicht aus friedenspolitischen Gründen oder aus einem Prinzip der Kriegsgegnerschaft heraus, so etwas ist Le Pen fremd. (Während des laufenden Golfkriegs unter US-Führung 1991–- den Le Pen ablehnte – fand eine Großveranstaltung des FN unter dem Titel „Ruhm der französischen Armee !“ statt, auf welcher der neofaschistische Politiker seine strategischen Gründe erläuterte.) Sondern aus tatsächlicher Sympathie für die irakische Diktatur heraus. Das unterscheidet die Position des FN von jener linker oder pazifistischer Demonstranten von damals und heute. Allerdings hatte Le Pen seine Position zu Jahresanfang 1991 benutzt, um gründlich politische Verwirrung zu stiften. Als der damalige Golfkrieg ausbrach, klebten seine Anhänger überall Plakate mit Bezugnahme auf den (real Krieg führenden) sozialdemokratischen Staatspräsidenten: „Mitterrand, der Krieg – Le Pen, der Frieden“. Das kann zwar als schlechter Witz erscheinen, hat Le Pen doch seinen frühesten politischen „Ruhm“ erworben, als er eigenhändig (1957) im Algerienkrieg folterte. Um politische Verwirrung zu stifen, erscheint das Mittel jedoch nicht schlecht...

Eine SOFRES-Umfrage, die am 6. Oktober 1990 durch die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ veröffentlicht wurde, zeigt auch die möglichen Beweggründe der Stellungnahme des FN-Chefs auf. Ein Drittel der Befragten gaben damals an, Le Pen beziehe die pro-irakische Position, „um sich von allen anderen Politikern abzuheben“. Tatsächlich dürfte hier ein Hauptgrund liegen: Alle großen Parteien (mit Ausnahme der KP und, natürlich, der radikalen Linken) waren damals für den Aufmarsch der imperialistischen Streitmacht am Golf, unter Führung von George Bush dem Vater. Und nach dem Ende des Kalten Krieges, ein Jahr nach dem Mauerfall, konnte der Neofaschismus sich so eine eigenständige politische Identität unabhängig von den (US-freundlichen) Konservativen geben - denn der Antikommunismus war als alleinige Basis einer internationalen Orientierung kaum mehr tragfähig. 25 Prozent der Befragten sahen Le Pens Antisemitismus und sein Verhältnis zu Israel als Motiv an. Daran mag

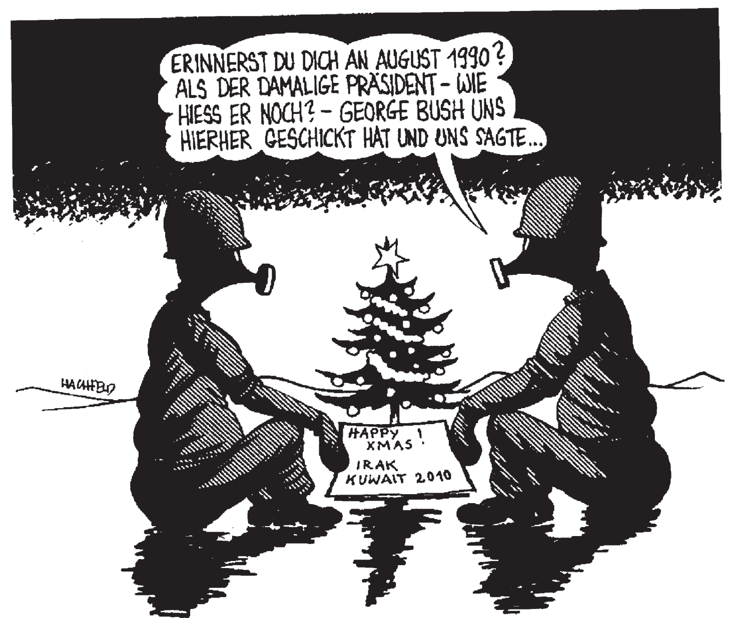
auch etwas dran sein, allerdings muss diese Aussage nuanciert werden: Bis Ende der 80er Jahre, und seit den Kolonialkriegen der Fünfziger - damals war Israel (gegen Algerien und Ägypten) mit Frankreich verbündet gewesen – war Le Pen klar pro-israelisch gewesen. Aber seine Ausladung aus Israel im Herbst 1987, nachdem er sich im französischen Fernsehen ein bisschen zu lautstark zu den Thesen der Auschwitzleugner bekannt hatte – Stichwort „die Detail-Affäre“ – hatte zu einem Umschwung seiner Position geführt. 15 Prozent der Befragten wiederum meinten, Le Pen unterstütze deswegen den irakischen Präsidenten, weil er Bündnisse mit arabischen Herrschern suche, um mit diesen über die Begrenzung (oder „Rückführung“) der arabischstämmigen Immigration in Frankreich zu verhandeln. Auch dies ist nicht völlig von der Hand zu weisen, allerdings hat der Irak fast keinen Einfluss auf die real in Frankreich lebenden Immigranten – die vor allem aus Marokko, Algerien und Tunesien stammen. Aber als ideologische Konzeption mag Le Pen diese Vorstellung gehegt haben.

FN-Vertreter im Irak

Jean-Marie Le Pen hat (ähnlich wie jüngst Jörg Haider) den irakischen Präsidenten Saddam Hussein zwei Mal persönlich besucht. Nämlich im November 1990 – auf dem Höhepunkt der damaligen Golfkrise durfte er damals die letzten französischen Geiseln im Irak mitnehmen, eine Geste des Diktators, um Le Pen Popularität zu verschaffen – und im Mai 1996. In den letzten Wochen hielten sich ebenfalls mehrfach FN-Vertreter im Irak auf, darunter Le Pens Mann für Mittelstands- und Wirtschaftspolitik Jean-Michel Dubois und der Pariser Regionalparlamentarier Farid Smahi, einer der „Alibi-Araber“ der rassistischen Partei. Die Ehefrau des FN-Chefs, Jany Le Pen, ist Vorsitzende einer angeblich humanitären Zwecken dienenden Vereinigung namens „SOS enfants d’Irak“ (SOS Kinder des Irak). In Wirklichkeit steckt dahinter, glaubt man jedenfalls Le Pens Erzrivalen Bruno Mégret, aber auch dem in Paris ansässigen irakischen Oppositionellen Raid Fahmi von der KP des Landes, eine Finanzierung des FN-Chefs durch das Regime Saddam Husseins.

Divergenzen zwischen Wählern und Kadern des FN

Die Sache wird allerdings dadurch kompliziert, dass die Wählerschaft der extremen Rechten eher kriegsfreundlich denn pro-irakisch eingestellt ist. Bei einer Umfrage für die Sonntagszeitung JDD vom Sonntag, 11. August 2002 stellte sich heraus, dass die rechtsextreme Wählerschaft jene war, die damals die meisten Anhänger eines „präventiven“ Militärschlags gegen den Irak aufwies: 31 Prozent im Fall eines einseitigen Vorgehen George W. Bushs, 45 Prozent im Fall einer Absegnung durch den UN-Sicherheitsrat. (Zu jenem Zeitpunkt lehnten über 75 Prozent der Befragten die Perspektive eines erneuten Golfkriegs ab.) Bereits während der Kuwait-Krise und im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs, 1990/91, war die Mehrheit der FN-Wählerschaft nicht unbedingt auf Seiten der Position Le Pens gestanden. Nur 48 Prozent der Le Pen-Wähler bei der Präsidentschaftswahl 1988 waren bei der vorher zitierten Umfrage vom Oktober 1990 der Ansicht gewesen, der FN-Chef vertrete mit seiner Position zum Irak „die nationalen Interessen Frankreichs“. Und als das „Figaro-Magazine“ im März 1997 die FN-Sympathisanten – der Kongress der Partei stand bevor – nach ihren Vorlieben für bestimme Länder fragte, äußerten sich nur 14 Prozent zugunsten der Irak. Dieser nahm den letzten Platz auf einer Liste von zwei Dutzend Ländern ein. Eins allerdings dürfte feststehen: Dem FN wird es auch mit seinen aktuellen Positionen nicht gelingen, in die sich (hoffentlich) formende Anti-Kriegs-Bewegung – die bisher in Frankreich freilich noch in ihren Anfängen steckt – einzudringen. Jedenfalls wird er nicht auf den Straßen mitmarschieren. Die Polarisierung zwischen Links und Rechts, die Abwehrhaltung gegenüber der neofaschistischen Partei ist zu stark dafür. Ein solcher Versuch wäre auch zu plump. Aus jeder seriösen Anti-Kriegs-Initiative würden FN-Vertreter, sobald sie als solche erkannt wären, hochkant hinausfliegen.



Mehr Erfolg beim Versuch, halbwegs unbemerkt in das Anti-Kriegs-Publikum einzusickern, hat allerdings die intellektuelle „Neue Rechte“, oder was davon übrig geblieben ist. Am 12. Oktober 02 erschien in der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ eine bezahlte Anzeige unter der Überschrift: „Für ein Veto Frankreichs gegen einen Krieg im Irak“. Der Text ist moderat formuliert und eher allgemein gehalten, wenngleich der „Wille der USA zur Hegemonie“ kritisiert und - natürlich – ein Angriff auf den Irak abgelehnt wird. Gefordert wird, dass Frankreich, als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat mit einem Vetorecht ausgestattet, dieses dort ausüben solle. (Was bekanntlich in der Folgezeit – nach einigem diplomatischem Gefeilsche zwischen Paris und Washington – nicht geschehen ist, als die US-Administration den leicht abgeänderten Text der Resolution 1441 einbrachte.) Der Schlusssatz lautet: „Frankreich muss daran wirken, eine friedliche und endgültige Lösung für die Krise zu finden.“ Das ist zwar naiv gegenüber einer imperialistischen Großmacht und ihren Interessen – Frankreich betreibt bspw. noch immer eine Neokolonialpolitik in Afrika –, aber durchaus nicht extrem in der Aussage. Interessanter ist unterdessen die Unterschriftenliste. Finden sich dort doch ex-linke Patrioten, die über die Maastricht- und EU-Gegnerschaft die Nation für sich entdeckt hatten - wie der national eingefärbte Ex-Kommunist Pierre Lévy, der höchst wahrscheinlich die Petition initiiert hatte – neben dem patriotischen General Pierre Gallois und.... einem gewissen Alain de Benoist. Ja, genau dem Alain de Benoist: dem früheren Papst der „Neuen Rechten“.

Weitere Folgen hatte das Unterschriftenkartell allerdings bisher keine. Es bleibt im Auge zu behalten, ob es weitere Versuche der neu-rechten Intellektuellen geben wird, die Kriegsfrage für sich zu besetzen. Im Kosovo-Krieg 1999 hatten sie dies, mit einer vorgeblichen Anti-Kriegs-Zeitung namens „La grosse Berthe“ (Die dicke Berta, so hieß eine linke Zeitung von Kriegsgegnern während des Golfkriegs 1991) massiv versucht. Damals hatte es eine rechte Offensive gegeben, um Kriegsgegnerschaft und die Verteidigung „gewachsener Nationen“ miteinander zu verkoppeln. Wachsamkeit wird jedenfalls nicht schaden können.

Bernhard Schmid, Paris ■

Ortsverband der Schill-Partei in Mettmann in der Hand militanter Neonazis!

„Wir wollen stolz darauf sein, in Deutschland zu leben und wir wollen es auch sagen dürfen" bekundete der frisch gewählte NRW-Landesvorsitzende Dieter Mückenberger (Düsseldorf) auf dem Gründungsparteitag des Landesverbandes der Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei) am 27. Oktober 2002 in Werl/Westfalen. „Ich habe einen Traum, dass wir uns von unseren Plätzen erheben und uns die Hände reichen und gemeinsam das Lied anstimmen, welches uns alle verbindet."

Wie viele derjenigen, die sich der Aufforderung folgend zum Absingen der 3. Strophe des „Liedes aller Deutschen" erhoben, viel lieber mit der 1. Strophe („Von der Maas bis an die Memel ...") begonnen hätten, bleibt Spekulation. Zu befürchten ist jedoch, dass es nicht wenige waren und dass dieses auf die zwischenzeitlich 1.246 Personen (Stand: 18.11.02) starke Mitgliederschaft in NRW übertragbar ist.

Solange nicht von außen eindeutige Bezüge von Schillianer/innen zur extremen Rechten aufgedeckt werden bzw. es keine/r der Jünger/innen von „Richter Gnadenlos" in der Öffentlichkeit durch eindeutiges Auftreten übertreibt, besteht selbst für Neonazis in der Partei kein Grund zur Besorgnis. In der Öffentlichkeit übertrieben hatte es beispielsweise der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und spätere Schill-Partei-Bezirksvorsitzende Düsseldorf, Frederick Schulze, der am 11.10. diesen Jahres bei einer Wahlkampfveranstaltung in Kaarst (Kreis Neuss) vor laufenden Kameras Demonstrant/innen zugerufen hatte, sie sollten sich lieber „Arbeit suchen", denn „Arbeit macht frei!". Hierfür kassierte er vom ebenfalls anwesenden und auf den „guten Ruf" der Partei bedachten „Führer" Ronald Barnabas Schill ein Parteiausschlussverfahren.

Neonaziaktivist und Schill-Funktionär

Etwas geschickter stellt sich da der 23jährige Dennis Ansgar Seegers an, der laut Homepage der Schillpartei (www.schill-partei-nrw.de/Orts-Kreisverbaende/mettmannI.htm) seit dem 5.9.2002 den an Düsseldorf grenzenden Ortsverband Mettmann I leitet. Seegers, der noch drei Wochen vor seiner Wahl zum Schill-Partei-Ortsvorsitzenden am Gedenkmarsch zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess am 17. August in Wunsiedel (Bayern) teilnahm, ist seit mindestens 1997 in der militanten Neonaziszene aktiv. Schon damals war er auf überregionalen „Kameradschaftstreffen" militanter Neonazigruppen anzutreffen, wurde später als Mitglied der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) geführt und zählt heute zum Spektrum der neonazistischen „Freien Kameradschaften", die mit der „Kameradschaft Düsseldorf" eine der aktivsten Gruppen in NRW stellen.

Abschrift des Liedtextes „Hast Du bereut" der Band ESKIL von Dennis Seegers: (CD „Manege frei für ESKIL). Fehler im Original.

„Hast Du jemals bereut
ein ‚Nazi' zu sein?
Hast Du jemals bereut, bei uns zu sein?
Hast Du auch wie ich,
die Gesellschaft so kennen gelernt?
Hast Du auch Ihre Intrigen,
Ihre Intrigen bemerkt?

Sagst Du Dir manchmal,
es hat doch alles keinen Sinn mehr?
Haben sie es schon bei Dir geschafft,
oder fällt es Dir nur schwer?
An den Sieg zu glauben,
wie alles mal werden wird.
Oder glaubst Du, Du bist im Recht,
weil Dich die Wahrheit stört?

Glaubst Du wirklich, Problemen
kann man aus dem Wege gehen?
Meinst Du nicht,
ihnen muss man entgegenstehen?
Bist Du innerlich schon ein Wrack?
Merkst Du nicht,
dass das System wieder mal,
wieder mal gewonnen hat?

Sie sind doch sowieso schon am Ende.
wir sind doch sowieso schon am Ziel.
Wenn Du uns glaubst,
wenn Du uns vertraust.
Wenn Du uns glaubst,
können wir es schaffen.

Sie sind doch sowieso schon am Ende.
wir sind doch sowieso schon am Ziel.
Wenn Du uns glaubst,
wenn Du uns vertraust.
Wenn Du uns glaubst,
können wir es schaffen.

Wenn Du uns glaubst,
wenn Du uns vertraust.
Wenn Du uns glaubst,
können wir es schaffen."

Der „Kameradschaft Düsseldorf" nahestehende Projekte finden sich auch im Kreis Mettmann („Siepensturm", „Widerstand in Mettmann" u.a.) und im Düsseldorfer Süden. Seegers ist zudem Gitarrist und Sänger der Düsseldorfer RechtsRock-Band „Eskil", die zur Zeit ihre zweite CD einspielt und auch für Konzertveranstaltungen der extremen Rechten gebucht wird, so z.B. für das jährlich stattfindende „Signal-Pressefest" des Führungsaktivisten der extrem rechten „Bürgerbewegung Pro Köln e.V.", Manfred Rouhs, am 29.6.2002 in Köln.

Seegers und diverse weitere Neonazis aus dem Raum Düsseldorf/Mettmann nahmen in den Jahren 2001 und 2002 auch mehrfach an Demonstration von „Pro Köln" teil. Auch „Pro Köln" verfügt über Kontakte zur Schill-Partei. Gerda Witthuhn, Mitglied des Schill-Partei-Arbeitskreises Marketing stellte im Vorjahr sogar bei einer „Pro Köln"-Veranstaltung das Programm ihrer Partei vor.

Von dem Hildener RechtsRock-Magazin „Rocknord" (Nr. 80/81) nach ihrem Selbstverständnis und ihrer „Bandphilosophie" befragt, antworten Seegers und sein Bandgefährte Björn Ferraro:

„Leben ist Krieg!". Gegen wen sich ihr Krieg unter anderem richtet, lässt sich nach näherer Betrachtung ihrer ersten CD „Manege frei für ESKIL" nicht nur an den Liedtexten erraten: „Abgemischt" wurde diese, so heißt es dort, am „13.08.99-14.08.99 (am Tag als I. starb)". Der 13.8.1999 ist der von Neonazis gefeierte Todestag des damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis. Bei solcherlei Abkürzungsvorlieben könnte man sich im übrigen noch weitere Gedanken machen, wenn auf der CD einem „Bastian R. für seine Unterstützung der Band" gedankt wird. So fungiert als Seegers Stellvertreter im Schill-Ortsverband Mettmann I ein gewisser Bastian Risse. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...

Petra Darius, Sprecherin der Antifaschistischen Aktion Düsseldorf: „Angesichts derartiger ‚Ortsgruppenführer', aber auch angesichts der Parteiverlautbarungen und der Reden von Schill und anderen Parteifunktionsträgern, mutet das in der Präambel der Bundespartei festgeschriebene Parteianliegen, den ‚Schutz der Gemeinschaft vor kriminellen und/oder subversiven sowie autonomen Kräften' zu gewährleisten und ‚jegliche Art von politischem Extremismus ... aufs schärfste' zu verurteilen, nur noch als Kampfansage an jede Form fortschrittlicher Politik an. Eine Kampfansage, die nicht unbeantwortet bleiben darf!"

Antifasch. Aktion Düsseldorf (organisiert im Antifa-Kok Düsseldorf und Umland)
kok@free.de, www.antifakok.de ■

Aktueller Literaturtipp: Marco Carini, Andreas Speit: Ronald Schill. Der RechtsSprecher, erschienen 2002 im konkret Literatur Verlag in Hamburg

Ausländerfeindlich

WUPPERTAL. Mit einem Brief hat sich Josef Angenfort von der VVN-NRW an Innenminister Schily gewandt. Er schreibt:

„Sehr geehrter Herr Innenminister,

vor mir liegt eine Broschüre mit dem Titel: „So schützen Sie sich im Alter." Als Herausgeber der Broschüre wird genannt: Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Zentrale Geschäftsstelle: Taubenheimstr. 85, 70372 Stuttgart.

In der Einleitung wird mitgeteilt, dass die Broschüre älteren Menschen Ratschläge geben will. Sie solle helfen, „den meisten Räubern, Dieben und Betrügern ein Schnippchen zu schlagen".

Ich bin 78 Jahre alt, also lese ich die Broschüre. Auf Seite 5 stocke ich. Dort wird mitgeteilt, dass schauspielerisch begabte Diebe und Betrüger mit ihren Tricks an die Wohnungstür kommen. Und dann heißt es wörtlich: „Vor allem Frauen und Männer ausländischer Nationalität täuschen Notlagen vor..."

Ganz nachdrücklich wird also der Gedanke vermittelt: Da haben wir sie, die Diebe und Betrüger. Ausländer sind es! Dieser Gedanke wird auf Seite 17 verstärkt. Dort heißt es in dem Kapitel, das vor Taschendieben warnt: „Taschendiebe sind überwiegend Ausländer..."

Ich bin empört darüber, dass in einer Broschüre der Polizei ausländerfeindliche Vorurteile gepflegt und verbreitet werden. Damit wird dem Artikel 1 des Grundgesetzes zuwider gehandelt, in dem es heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar." Wohlgemerkt: Nicht nur die Würde des deutschen Menschen, sondern die Würde aller Menschen, also auch die der Ausländer.

Diese Broschüre der Polizei sollte aus dem Verkehr gezogen werden, Herr Innenminister."

Mit freundlichen Grüßen, Josef Angenfort, Sprecher der VVN-BdA NRW."

Über eine Reaktion von Seiten des Innenministeriums ist noch nichts bekannt. ■

Berlins Innensenator Körting macht Vorschläge für eine Bleiberechtsregelung für Roma

BERLIN. Nach dem Eindruck aller Beteiligten in Berlin ist die Bleiberechtsregelung für Roma ein ernsthaftes Anliegen Körtings, auch und vor allem vor dem Hintergrund der Ermordung von über 500.00 Roma in den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nazis. Körting entspricht damit Beschlüssen des Berliner Abgeordnetenhauses (http://www. parlament-berlin.de/adis/citat/VT/15/ DruckSachen/d150353.pdf – so mehrheitlich am 2609.02 beschlossen) und der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS. Dennoch versucht Körting zwecks Durchsetzung der Regelung auf der IMK den berechtigten Personenkreis extrem klein zu halten:

Im Unterschied zu allen bisherigen Bleiberechtsregelungen sollen Alleinstehende generell und Familien mit Kindern in sehr vielen Fällen (kleine Kinder, Kinder mit Schulabschluss) unabhängig davon, wie lange sie schon in Berlin leben, ausgeschlossen werden: die Regelung soll nämlich nur für solche Familien mit Kindern gelten, von denen mindesten ein Kind seit mindestens zwei jahren die Schule oder Kindertagesstätte besucht. Diese Bedingungen entsprechen weder dem Beschluss des Abgeordnetenhauses, noch sind sie mit dem Koalitionspartner PDS abgestimmt.

Weitere Bedingungen Körtings, die den berechtigten Personenkreis noch weiter einschränken:

- Einreisestichtag 1.7.1996, diese Bedingung sei aber verhandelbar,
- Unabhängigkeit von Sozialhilfe, hier könne aber aufgrund der Berliner Situation (faktisches Arbeitsverbot für alle Asylsuchenden und Geduldeten) eine Übergangsfrist zur Arbeitssuche eingeräumt werden,
- ausreichender Wohnraum (kann von sehr vielen nicht erfüllt werden angesichts des von Berlins PDS-Sozialsenatorin ausgesprochenen Verbots der Anmietung von Wohnungen für unter das AsylbLG fallenden Flüchtlinge)
- keine Straftaten (max. 50 Tagessätze)

Die Regelung soll für Roma aus allen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens gelten. ■

Bündnis „Alles in Ordnung?"ruft zu Demo auf

BREMEN. Am 5./6. Dezember 2002 findet die nächste Innenministerkonferenz (IMK) in Bremen statt. Daran teilnehmen werden die 16 Innenminister und -senatoren der Bundesländer sowie Bundesinnenminister Otto Schily, nebst Personal, das sind rund 150 weitere hochrangige „SicherheitsstrategInnen". In Bremen findet die IMK deshalb statt, weil der hiesige Innensenator Kuno Böse noch bis Ende des Jahres IMK-Vorsitzender ist.

Anlässlich der Innenministerkonferenz ruft das Bündnis „Alles in Ordnung?" zu einer Demonstration „gegen Abschottung nach außen und Überwachung nach innen" auf. Auf der Tagesordnung auch dieser IMK stehen unter anderem Maßnahmen zur „Verbesserung" der Politik der „Inneren Sicherheit", für die zur Begründung nach wie vor der „Antiterrorkampf" herhalten muss. Völlig in Ordnung, meinen die SicherheitsstrategInnen, denn auch für ein „Antiterrorpaket" III gelte, dass wer nichts zu verbergen auch nichts zu befürchten habe.

Vorgesehen ist dabei vor allem die Ausweitung der rassistischen Sonderbehandlung von Flüchtlingen und MigrantInnen nicht nur aus sogenannten Problemstaaten. Aber auch die ‚Antiterrorpakete' I und II wären nicht geeignet gewesen, die in Deutschland lebenden mutmaßlichen Attentäter des 11. September vorab ausfindig zu machen.

Weiterhin plant die IMK Massendeportationen von Flüchtlingen vor allem in das Kosovo und nach Serbien – die Duldungen von rund 100.000 Roma und Angehörigen anderer Minderheiten laufen Ende des Jahres aus. Für deren beschleunigte Abschiebung hat Deutschland der Bundesrepublik Jugoslawien kürzlich ein sogenanntes Rücknahmeabkommen aufgezwungen. Von Abschiebung bedrohte Roma, staatenlose kurdische LibanesInnen und andere Flüchtlinge planen für den Nachmittag vor der Demonstration eine Kundgebung am Ort der IMK, um ihrer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck zu verleihen.

Die Innenministerkonferenz ist für die aufrufenden Gruppen und Organisationen darüber hinaus Anlass, auch andere Elemente deutscher Ordnungspolitik zu thematisieren. So das geplante „Zuwanderungsgesetz", bei dem es sich faktisch um eine Verschärfung der rassistischen Maßnahmen der Ausländer- und Asylverfahrensgesetze handelt; die Residenzpflicht für AsylbewerberInnen; „No-go-areas" für Flüchtlinge; die neuen „Ausreisezentren"; die geplante Abschiebung von kurdischen LibanesInnen und anderen; die Überwachung des öffentlichen Raumes (Video, Bahnhöfe etc.); die Schürung von „Sicherheitspanik" insbesondere seit dem 11.9.2001 wie auch die seit vielen Jahren grassierende „Kriminalitätsangst"; die fortschreitende Denunziationsbereitschaft in breiten Teilen der Bevölkerung; rassistische und antisemitische Übergriffe, die nur der extremste Ausdruck eines entsprechenden gesellschaftlichen Klimas sind; die Drogenpolitik; die polizeilichen Schikanen gegen (potentielle) AusländerInnen, Obdachlose u.a.m.; Demonstrationsverbote; Ausreiseverbote anlässlich von EU- und G8-Gipfeln und nicht zuletzt die weiterhin laufende Rasterfahndung wie auch der andauernde Krieg in Afghanistan und der angekündigten Angriff gegen den Irak.

AUFRUFERinnen: Antifaschistisches Komitee (ak), AntirassismusBüro Bremen (ARAB), Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Autonome Antifa Bremen, Autonome Antifa Gruppe Bremen (AAGB), Bluna, Bremer Anti-Atom-Forum (BAAF), Bündnis „Alles in Ordnung?“, FrauenLesbengruppe F.L.O.P., GesamtschülerInnenvertretung (GSV) Bremen, gr.appa, hugg, Infoladen Bremen, kassiber - Stadtzeitung für Politik, Alltag, Revolution -, Kombo (p), Marxistischer Zirkel (MZ), MediNetz Bremen, no border, Stadtkommune Alla Hopp, Stefan Wichmann (Vorsitzender Solidarische Hilfe e.V.), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen(VVN/BdA) Bremen, www.antifa-bremen.de

Demonstration am Donnerstag, den 5. Dezember 2002, um 17 Uhr Auftaktkundgebung: Bahnhofsplatz

Infos c/o Infoladen St. Pauli, 28203 Bremen, St.-Pauli-Straße 10/12, Fax: 0421-75682, eMail: alles-in-ordnung@gmx.de, Internet: www.alles-in-ordnung.de.vu ■



Foto von der Kundgebung am Frauenabschiebegefängnis in Neuss am 30.11.

Demonstration gegen Ausreisezentrum in Fürth

FÜRTH. Die Karawane-Gruppe Nürnberg ruft zur Demonstration am 7. Dezember 2002 in Fürth, ab 12 Uhr Hauptbahnhof, auf. Sie schreibt: „Seit Mitte September gibt es in Fürth das erste bayerische Ausreisezentrum. Die beschönigende Bezeichnung soll über die Funktion als Lager hinwegtäuschen. Lager sollen einschüchtern, zermürben, Angst machen, seelischen Druck erzeugen, zwingen die eigene Person aufzugeben. Wir rufen alle Flüchtlinge, MigrantInnen und AntirassistInnen auf, für die sofortige Schließung des Ausreiselagers in Fürth zu kämpfen. Das Lager in Fürth ist mehr als ein lokales Problem, es handelt sich vielmehr um ein Modellprojekt für die Einrichtung von Ausreiselagern in ganz Bayern, zum Beispiel auch in München. Wir müssen dieses Projekt zu Fall bringen, denn es stellt eine Bedrohung dar für alle Menschen, die der Staat zum Verlassen der BRD zwingen will!“ *baf* ■

Schill nicht nur in Hamburg

140 Millionen Euro gegen Einwanderung aus Afrika

Totale Überwachung in der Meerenge Gibraltars unter dem Deckmäntelchen „Leben retten zu wollen“. Das Gegenteil wird der Fall sein..

Mit hochauflösenden Infrarotkameras und Radaranlagen überwacht die spanische Polizei die Meerenge von Gibraltar. Dem neuen Überwachungssystem entgeht nichts. Im Visier der Polizisten sind vor allem illegale Einwanderer.

In der Kommandozentrale des neuen Überwachungssystems in der südspanischen Hafenstadt Algeciras gibt es vor allem Fernseher. In der Mitte des Raumes steht ein Panoramabildschirm, links und rechts daneben sind jeweils acht Monitore installiert. Auf dem großen Schirm erscheint die Meerenge von Gibraltar, voll digitalisiert. In Gelb erscheinen die Umrisse von Südspanien und Nordmarokko, die Ortschaften sind grün markiert. Über das schwarze Meer wandern helle Punkte. „Die Punkte, das sind alles Objekte, die gerade die Meerenge passieren“, sagt Leutnant Alonso, Chef der Zentrale. Ein Mausklick auf einem der Punkte genügt, um ihn ins Visier einer Kamera zu nehmen. Das verdächtige Objekt erscheint dann in Großaufnahme auf dem Bildschirm.

Kein Entkommen

Ein Teil der hochauflösenden Infrarotkameras und Radarsysteme ist auf Türmen entlang der Küste installiert, ein anderer befindet sich auf Patrouillenbooten und in Hubschraubern. Sive, so heißt das neue System, wurde im Sommer erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Selbst einen auf dem Wasser schwimmenden Fußball soll es sichtbar machen können, sogar bei Nacht und Nebel. Bislang überwacht Sive allerdings nur die engste Stelle der Straße von Gibraltar. Nur 14 Kilometer trennen hier die Kontinente Afrika und Europa. Bis 2005 soll das System die gesamte Südküste Spaniens überwachen. Vor allem nachts versuchen Menschen, in Schlauchbooten zusammengepfercht, die Meerenge zu überqueren. Die Menschen kommen aus Marokko und vor allem aus Ländern südlich der Sahara wie Sierra Leone oder Nigeria. Über 4000 Menschen sollen in den vergangenen fünf Jahren in der Meerenge ertrunken sein, die Dunkelziffer wird mehr als doppelt so hoch eingeschätzt.

Fragwürdiger Erfolg

„Mit Sive sehen wir sogar, wenn die Einwanderer an der marokkanischen Küste in die Boote steigen“, sagt Leutnant Alonso. „Dadurch können wir natürlich viel schneller reagieren.“ Doch Sive diene nicht nur dazu, Einwanderer festzunehmen. „Wir wollen vor allem Leben retten“, beteuert Leutnant Alonso immer wieder. „Jetzt können wir durch rechtzeitiges Eingreifen schlimme Unfälle vermeiden.“ Ob das neue System wirklich Menschen retten wird, ist jedoch fraglich. Trotz Sive kam es auch diesen Sommer zu tragischen Unfällen. Anfang Oktober ertranken neun Menschen, darunter drei schwangere Frauen, als ihr Boot kenterte. Kritiker halten das System, das über 140 Millionen Euro kosten wird, für unsinnig. „Den Strom der Einwanderer wird es nicht aufhalten“, schimpft Francisco Olmos Checa, Universitätsprofessor und Experte für Migration. Sive habe lediglich dazu geführt, dass die Einwanderer nun neue, noch gefährlichere Routen wählen, um das System zu umgehen.

„Augen, die uns alles sehen lassen“

Die Einwanderer setzen an Stellen über, an denen die Meerenge bis zu 60 Kilometer und mehr breit ist. Dadurch steigt das Risiko eines Unfalls. „Auf dem Meer kann man keine Mauern bauen“, so Olmos Checa. Leutnant Alonso will die Kritik an dem System, das zum Teil auch von der EU finanziert wurde, allerdings nicht gelten lassen.

„Sive ist keine elektronische Mauer. Sive: das sind einfach Augen, die uns alles sehen lassen und es uns ermöglichen rechtzeitig einzugreifen“. Im Visier der Fahnder seien dabei nicht nur die Einwanderer. Sive solle auch helfen, den regen Drogenhandel einzudämmen. 60 Prozent des in Europa gehandelten Haschisch würden laut Polizeiangaben über die Meerenge geschmuggelt.

von Holger Halfmann, Homepage: http://www.beepworld.de/members7/postkartenaufkleberundmehr/ Adresse: Schulterblatt 84, 20357 HH, Telefon: 040 43 18 4838, Quelle indymedia, ■

Jugendwiderstand im Krieg. Die Helmuth-Hübener-Gruppe 1941/1942

Im Februar 1942 – vor 60 Jahren – wurde die Widerstandsgruppe von Helmuth Hübener in Hamburg verhaftet. Im August 1942 fand die Verhandlung gegen sie vor dem Volksgerichtshof statt. Am 27. Oktober 1942, um 20.13 Uhr, starb Helmut Hübener „ruhig und gefasst", wie die Vollstreckungsbeamten in ihrem Bericht betonten, in der Richtstätte Berlin-Plötzensee unter dem Fallbeil. Er war der jüngste vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilte und in Plötzensee hingerichtete Antifaschist.

„Was Hitler macht, ist unchristlich"

Leicht moralisierend, aber gründlich und faktenreich: Ulrich Sander edierte diese erste Studie im deutschsprachigen Raum über den Widerstand des 1942 in Plötzensee von der Gestapo hingerichteten Hamburgers Helmuth Hübener

Hübener ist eine literarische Figur in Günter Grass' Panorama geworden. Ein Jugendzentrum und eine Straße in Hamburg sind nach ihm benannt. Eine Gedenktafel in der Sozialbehörde soll ebenso zum Erinnern anregen. Dennoch ist das Schicksal Helmuth Hübeners im Nationalsozialismus fast vergessen. Am 27. Oktober 1942 wurde der Hamburger Verwaltungslehrling in Berlin Plötzensee hingerichtet. Der Volksgerichtshof hatte den 17-Jährigen wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.

All dies möchte Ulrich Sander mit seiner Veröffentlichung über die Widerstandsgruppe Helmuth Hübener vergegenwärtigen. Seit 1960 befasst sich der Journalist immer wieder mit Hübener sowie mit dessen Freunden Rudolf Wobbe, Karl-Heins Schnibbe und Gerhard Düwer. Er recherchierte in Archiven nach verschollenen Dokumenten und interviewte



die wenigen noch lebenden Zeitzeugen, um die erste historische Studie über die Widerstandsgruppe im deutschsprachigen Raum vorlegen zu können.

Denn während der Großteil der deutschen Bevölkerung noch vom „Endsieg" träumte, verstörten Hübener konkrete Alltagserfahrungen: Der Drill der Hitler-Jugend (HJ), die Ausgrenzung der jüdischen Mitmenschen und das Wegsehen der Erwachsenen. Statt sich in die Volksgemeinschaft einzureihen, begannen sich die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren zu widersetzen. Aus dem Gefühl heraus, dass „Hitler unchristlich handelt", hörte Hübener heimlich die deutschsprachigen Nachrichtensendungen des BBC. Zusammen mit Schnibbe und Wobbe verfasste er aus diesen Informationen Flugblätter, in denen sie über den tatsächlichen Kriegsverlauf und Misshandlungen in der HJ berichteten und zum Widerstand aufriefen.

Erst später gewann Hübener seinen Ausbildungskollegen Düwer aus der Sozialbehörde für die Verteilung der Pamphlete. Uber 60 Flugschriften konnten sie in einem halben Jahr veröffentlichen, bis sie von Heinrich Mohn denunziert wurden. Die Gestapo verhaftete sie; er wurde gefoltert. Man konnte sich nicht vorstellen, dass ein 17-Jähriger ohne Hilfe von „Hintermännern" handelte. „Seiner Standhaftigkeit verdanke ich mein Leben", erzählt Schnibbe, „er nahm alles auf sich". Der Volksgerichtshof verurteilte dann auch nur Hübener zum Tode. Die Freunde erhielten langjährige Haftstrafen. „Ich bin jetzt dran, aber ihr kommt auch noch dran", sagte Hübener nach dem Urteil. Er irrte sich: Die Richter wurden nie belangt. Den Denunzianten sprach der Bundesgerichtshof 1953 frei, da er nach geltendem Recht gehandelt habe. Neben der Beschreibung der Aktivitäten der Gruppe dokumentiert Sander die Flugschriften, Verhör- und Gerichtsprotokolle.
Alleine der etwas moralische Tenor des Textes stört ein wenig.

Rezension in der taz
Andreas Speit ■

Ulrich Sander: Jugendwiderstand um Krieg. Die Helmuth Hübener-Gruppe. Ca. 200 S., ca. 20 Abb., gebunden, 14,90 EUR, Pahl-Rugenstein
ISBN 3-89144-336-6

Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa

Rezension von: Thomas Sandkühler (Hg.): Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920 - 1960. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Band 18 Göttingen 2002 (Wallstein Verlag), 20 Euro

Die deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Osteuropa zeigt, je näher die Erweiterung der Europäischen Union rückt, immer deutlicher ihre hässlichen Züge. Das Jahr 2002 ist in dieser Hinsicht recht aufschlussreich gewesen. Die wirtschaftliche Macht Deutschlands jenseits von Oder, Neiße und Erzgebirge ist inzwischen so stark, dass die deutschen Staatsapparate in diesem Frühjahr dazu übergehen konnten, zur offenen Unterwerfung Polens, Tschechiens und anderer Staaten aufzurufen. Markanter Höhepunkt dieser Kampagne war die allseits erhobene Forderung, die „Benes"-, „Bierut"- und andere „Dekrete" aufzuheben; es wäre wohl naiv zu glauben, die Erweiterung der EU nach Osten brächte derlei Interventionen zum Stillstand.

Nicht der Osten, sondern der Westen steht im Mittelpunkt des 18. Bandes der „Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus". „Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920-1960" lautet der Untertitel des Buches, das die „Europäische Integration" (so der Titel), insbesondere die Wirtschaftsintegration und speziell deren Kontinuitäten zurück in den nationalsozialistischen „Großwirtschaftsraum" beleuchtet. Unter der „Herrschaft des ‚Dritten Reiches'", so die HerausgeberInnen, wurden „Strukturen der europäischen Wirtschaftsintegration geschaffen (...), die Kontinuitäten oder Ähnlichkeiten zur Nachkriegszeit aufweisen".

In mehreren Aufsätzen wird diese These anhand verschiedener Beispiele belegt – anhand der Währungspläne für den europäischen „Großraum", anhand der Freiburger Schule des Ordoliberalismus, der Einbindung der lothringischen Schwerindustrie und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die „braunen Wurzeln" der EGKS, die insbesondere in einem Aufsatz der französischen Historikerin Annie Lacroix-Riz erkennbar werden, sind tatsächlich „für die Gesamtinterpretation der europäischen Nachkriegsintegration folgenreich".

Lacroix-Riz zeichnet eindrucksvoll die Entwicklung der eng miteinander verbundenen deutschen und französischen Schwer- und Chemieindustrien seit den 1920er Jahren nach. Schon rasch nach dem Ersten Weltkrieg, so die Pariser Professorin, habe sich die Dominanz der deutschen Industrien durchsetzen können, auch gegenüber der lothringischen Schwerindustrie, die ja nun zu Frankreich gehörte. Dieses Verhältnis habe sich seitdem nicht mehr grundlegend geändert - nicht 1940, als unter

→

der deutschen Okkupation die französische Wirtschaftskollaboration begann, auch nicht in der EGKS, die von der französischen Industrie, aber auch von den Vereinigten Staaten gewünscht wurde. „Statt seine Handlungsspielräume offensiv auszunutzen“, schreibt Lacroix-Riz, „gab Frankreich unter dem zweifachen Druck der Vereinigten Staaten und der wirtschaftlichen Akteure nach, fügte sich in seine angebliche Inferiorität und unterstellte sich dem Plan eines von Deutschland dominierten Europas.“

Jörg Kronauer ■

„Neue“ NATO: völkerrechtlich, verfassungsrechtlich und politisch unhaltbar – NATO auflösen

Die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Prag geben nach Auffassung des Bundesausschusses Friedensratschlag zu äußerster Besorgnis Anlass. Was dort über die neuen Aufgaben der NATO beschlossen wurde, sprengt vollkommen den Rahmen der bisherigen Allianz und verstößt gegen Art. 5 des Nordatlantikvertrags von 1949.

Darin war die NATO eindeutig und ausschließlich als Verteidigungsbündnis konzipiert (vgl. Präambel und Art. 5 des NATO-Vertrags). Jetzt soll mit dem Aufbau der NATO Response Force der Charakter der NATO geändert werden. Diese schnelle Eingreiftruppe mit 21.000 Elitesoldaten soll schnell verfügbar, verlegbar und einsatzbereit sein, „überall wo sie gebraucht wird“ (Ziffer 4 der Prager Gipfel-Erlärung). Diese „Transformation der NATO“ wirft politische, völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Fragen auf:

● Politisch folgt sie der neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“, die vor zwei Monaten von US-Präsident Bush verkündet wurde. Darin wird das Recht auf „präventive“ Angriffskriege gegen jeden Staat der Welt reklamiert, der im dringenden Verdacht steht, den interntionalen Terrorismus zu unterstützen oder Massenvernichtungswaffen herzustellen bzw. weiterzugeben. Sollte diese Strategie, die als „Bush-Doktrin“ in die Geschichte eingehen wird, Schule machen, kann sie die Welt in einen chaotischen Zustand politischer Willkür und Instabilität stürzen.

● Völkerrechtlich bedeutet diese Strategie, würde sie zum allgemeinen Prinzip erhoben, einen Rückfall in die Zeit vor dem Völkerbund, vor dem Kellogg-Pakt 1928 (Ächtung des Krieges) und vor der Charta der Vereinten Nationen (1945), in der den Staaten ein striktes Gewaltverbot auferlegt wurde (einzige Ausnahme: Selbstverteidigung nach Art. 51). Ein ganzes Jahrhundert der Entwicklung eines modernen zivilisierten Völkerrechts wäre umsonst gewesen.

● Verfassungsrechtlich ist eine solche Entwicklung ebenfalls nicht hinnehmbar. Die Bundesrepublik hat den Nordatlantikvertrag 1955 ratifiziert und ist damit dem Geist und Buchstaben nach einem reinen Verteidigungsbündnis beigetreten. Ändert die NATO ihre Zielbestimmung so fundamental wie jetzt in Prag, müsste sich dies auch in einer Änderung des NATO-Vertrags niederschlagen. Eine solche Änderung müsste vom Deutschen Bundestag ratifiziert werden. Doch davon abgesehen verbietet Art. 26 des Grundgesetzes jegliche Handlung, die geeignet ist, einen Angriffskrieg vorzubereiten, die Art. 87a und 115a GG beschränken die Bundeswehr darüber hinaus auf die Territorialverteidigung einschließlich der Bündnisverteidigung.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag fordert Bundesregierung und Bundestag auf, eine gesellschaftliche Diskussion über Ziel, Aufgabe, Umfang und Struktur der Bundeswehr und der NATO zu initiieren. Eine zum Interventionsbündnis mutierte NATO ist nicht mehr tolerierbar. Eine NATO zu reinen Verteidigungszwecken wird angesichts der seit dem Ende des Warschauer Pakts veränderten militärischen Sicherheitslage nicht mehr gebraucht. Somit sollte die NATO ersatzlos aufgelöst werden.

Die auf dem NATO-Gipfel verabschiedete Irak-Resolution gemahnt die NATO-Staaten zur Einhaltung der Vorgaben des UN-Sicherheitsrats. Damit ist jeder eigenmächtigen Militäraktion der USA gegen den Irak eine klare Absage erteilt worden. Gleichzeitig sind an die NATO-Staaten und an mehr als dreißig weitere Regierungen Anfragen der USA gestellt worden, in welcher Weise sie einen evtl. Krieg gegen Irak unterstützen könnten. Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer haben sich zur Beantwortung dieser Frage Bedenkzeit erbeten. Dies ist nicht zu verstehen, weil es nur eine Antwort geben kann: Die Bundesregierung hält diesen Krieg für falsch und wird sich nicht daran beteiligen (wiederholte Äußerungen vor und nach der Bundestagswahl). Wenn das heute noch richtig ist, dann darf es auch keine indirekte Unterstützung für den Krieg geben. Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Krieg ist auch ein Verbrechen! Obendrein hat der Bundeskanzler in der gestrigen „Heute“-Sendung (21.11.) signalisiert, dass er gegen die Nutzung deutschen Luftraums für US-Militärmaschinen im Falle eines Krieges keine Einwände erheben könne. Zu befürchten ist, dass die Bundesregierung Schritt für Schritt von ihrem Wahlversprechen abrückt und am Ende den US-Krieg gegen Irak zumindest logistisch und durch Entlastungsmaßnahmen auf anderen Konfliktschauplätzen (Afghanistan, Balkan) tatkräftig unterstützt.

Die Friedensbewegung wird daher ihre Aktivitäten gegen den drohenden Krieg verstärken. Noch klarer als zuvor wird dabei die Forderung an die Bundesregierung gestellt, den US-Krieg weder direkt noch indirekt zu unterstützen. Dies bedeutet vor allem:

● Sofortiger Abzug der Spürpanzer aus Kuwait. ● Rückzug der deutschen Marineverbände aus den Gewässern der Golfregion. ● Keine Überflugsrechte für US-Militärmaschinen. ● Keine Nutzungsrechte der US-Stützpunkte in Deutschland für den Krieg.

Presseerklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag
Kassel, den 22. November 2002
Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Dr. Peter Strutynski ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

„Der Absturz des Jahres“

Der Republikaner 9-10/2002

titelt das Blatt und meint damit nicht das eigene Abschneiden bei der Bundestagswahl sondern Möllemanns Bauchlandung. Für die eigene Niederlage findet sich die altbewährten Phrasen: „Wenn die Politik die Menschen im Stich lässt ... werden Alternativen gebraucht. Aus Verantwortung für unser Land müssen wir Antworten finden. Wo die alten Parteien versagen, schlägt die Stunde der Patrioten.“ Und Durchhalteparolen: „Trotz aller Enttäuschung: Weiterkämpfen!“ Als Ursachen werden festgemacht: die Polarisierung bei der diesjährigen Wahl zwischen Schröder und Stoiber, die geringe Parteibindung der bisherigen REP-Wähler (die Stammwählerbasis sei zu schmal), nicht flächendeckender Antritt, Medienblockade, der Pogrom „gegen rechts“ und mangelnde Mobilisierung. Offensichtlich war es diesmal schwierig, die eigene Mitgliedschaft zum Mitmachen zu bewegen. Auch der „Republikaner“ 9-10 erscheint ja mal wieder viel zu spät. In der Rubrik „wir in der Politik“ verkündet ein *Frank Rohleder* aus Sachsen „nationale Solidarität“ sei wichtiger als Wahlkampf und so habe man ganz vorne gekämpft bei der Unterstützung der Flutopfer in Sachsen. „Wenn wir Deutschen uns nicht gegenseitig helfen, sind wir dem Untergang geweiht – das haben wir alle in diesen Tagen gelernt“, meint auch Kerstin Lorenz, Vors. LV Sachsen.

Da das Parteiblatt immer hoffnungslos alt ist, wenn es beim Leser ankommt, müssen aktuelle Informationen der Homepage entnommen werden. Auf dem Rep-Bundesparteitag am 2./3. November wurde Rolf Schlierer, Vorsitzender seit 1994, auch diesmal wieder im Amt bestätigt. 187 von 262 der Delegierten stimmten für ihn. Es gab keinen Gegenkandidaten. Wieder gewählt wurden auch die bisherigen Stellvertreter Uschi Winkelsett (Landesvorsitzende NRW), Johann Gärtner (Bayern) und Haymo Hoch (Hessen). Neu dazugekommen ist Rechtsanwalt Björn Clemens, der bislang dem Vorstand als Beisitzer angehörte. In der Resolution „Den deutschen Weg konsequent verfolgen“ wird die Beteiligung an internationalen Kriegseinsätzen abgelehnt: „jede außenpolitische Entscheidung muß in erster Linie an den Interessen des deutschen Nationalstaats und des deutschen Volkes ausrichten“, heißt es da. Gefordert wird, die Sicherheit Deutschlands durch „eine Stärkung der deutschen Bundeswehr“ zu gewährleisten. *u..b.* ■

Was treibt das KSK im Ausland?

Junge Freiheit Nr. 48/2002 vom 22. November 2002

Michael Waldherr hat sie gefunden: Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr. Die Einheit wurde 1996 gegründet, in der Öffentlichkeit wird wenig über sie berichtet. Doch der Autor schwärmt: „Der hohe Aufwand, der beim KSK betrieben wird, ist kein Selbstzweck. ‚Erfahrungen aus scharfen Einsätzen liegen seit 1998 vor – aber darüber wollen wir aus Geheimhaltungsgründen nicht sprechen,‘ wiegelt Oberst Gerhardus in KSK-typischer Bescheidenheit ab.“ Bescheidenheit? Wohl eher Befürchtungen, öffentliche Berichterstattung über das Treiben der Truppe könnte zu Protesten führen und zu dem Verlangen, auch den Einsatz des KSK unter parlamentarische Kontrolle zu bringen. Doch das Anliegen des Autors ist ein anderes: Die „Elite-Truppe“, wie sich selbst bezeichnet, bekommt zu wenig Sonderzulage. Die Länder haben am 8. November im Bundesrat mit der Mehrheit der unionsregierten Länder eine Erhöhung der Zulage von jetzt 150 Euro abgelehnt. Der Autor zitiert den zuständigen Brigadegeneral Günzel: „Wenn man von einem Menschen eine besondere Leistung abverlangt, muss man ihm dafür auch etwas geben.“

„Solidarität“ mit Schönbohm

Junge Freiheit Nr. 49/2002 vom 29. November 2002

Eine „Anti-Schönbohm“-Kampagne findet angeblich statt. Angesichts der eher spärlichen öffentlichen Proteste gegen Schönbohms Interview (siehe letzte Ausgabe der Antifa-Nachrichten) kann von einer Kampagne kaum die Rede sein. Sicher ist, dass Schönbohm gezielt provozieren wollte. Auf die Kritik an seinem Interview soll er geäußert haben: „Ich wollte mal testen, ob die Reflexe noch da sind. Sie sind noch da. Sie haben reagiert wie die pawlowschen Hunde.“ Dafür springen ihm CDU-Mitglieder zur Seite, die für ihren rechten Standpunkt bekannt sind: Jan Klaps, Mitglied im Landesvorstand der JU Niedersachsen, der Fuldaer CDU-Abgeordnete Martin Hohmann, Axel Fischer aus Karlsruhe, der sächsische Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche bewundert Schönbohms „Standhaftigkeit“ und führt weiter aus wofür er Schönbohm bewundert: „Sei es über Kinder als Quelle der Familie und der Deutschen Nation, sei es über die Rot-Grüne angestrebte Zuwanderung und damit Veränderung des Deutschen Volkes ... und sei es über unser Deutschland, auf das wir endlich stolz sein sollten.“ *uld* ■

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten!

In den letzten Wochen sind doch noch etliche Spenden eingetroffen, so dass wir jetzt auf einem Stand von Insgesamt

1.853,56 Euro sind

(Stand 30.11. 2002)

Vielen Dank!
Vielleicht hat auch die eine oder der andere ein paar Euro vom Weihnachtsgeld übrig...

Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50,
Konto 10419507